Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 1 November 1933 Nummer 2

Zum 9. November

Von Historicus.

Die Republikaner und Sozialisten Deutschlands haben niemals die Wiederkehr des 9. November mit ungemischter Freude feiern können. Denn schon der 9. November 1919 stand im Zeichen des Bruderkrieges der Arbeiter und der frisch erstarkten Militärgewalt. An jedem folgenden 9. November mußte man feststellen, wie sehr, trotz der demokratischen Form der deutschen Republik, die kapitalistischen und sogar die feudalen Mächte im Lande das Uebergewicht hatten.

Jetzt, nach dem Untergang der „November-Republik", ist die Kritik am 9. November leicht. Aber es ist für den Kritiker nicht ganz einfach, wesentlich Neues zu sagen. Denn die deutsche Republik wie die deutsche Arbeiterbewegung hatten sich seit 1918 über mangelnde Kritik nie zu beklagen. Wenn die Kritik allein genügen würde, um einen Staat oder eine Bewegung zu retten, dann hätte die deutsche Republik und der deutsche Sozialismus nie untergehen dürfen. Gerade das deutsche Schicksal lehrt wieder einmal, daß die Kritik, oder die Selbstkritik, allein nichts nützt — sobald es aus irgendwelchen Gründen nicht möglich ist, die entsprechenden Taten zu tun.

Die folgenden Betrachtungen haben nicht den Zweck, die Zahl der Kritiker des 9. November um einen weiteren zu vermehren, sondern einige Tatsachen zu unterstreichen, die in der Diskussion über die deutsche Republik und ihr Unglück nicht immer gewürdigt werden.

Zunächst sollte man nicht vergessen, daß die Revolution vom November 1918 gar nicht das Werk der sozialistisch und demokratisch gesinnten, also der sozialdemokratischen Arbeiter gewesen ist, sondern das Produkt der Soldatenbewegung. Die Arbeiter allein wären niemals imstande gewesen, das deutsche Kaisertum über den Haufen zu rennen, auch nicht nach der offenkundigen Niederlage des deutschen Heeres im Felde, und auch nicht bei der Weltuntergangsstimmung unter dem Kanzler Max von Baden. Sondern die Sieger des 9. November waren die deutschen Matrosen und Soldaten, fast möchte man sagen ohne Unterschied der Partei. Denn auch die Truppenteile, die sich vom Lande rekrutierten, und die wahrlich nicht vom „Gift des Marxismus" angefressen waren, haben die Revolution eifrig mitgemacht. Die Soldaten, erfüllt von der Ueberzeugung, daß jedes weitere Blutvergießen zwecklos geworden war, wollten den unbedingten Frieden sichern. Das ging nach ihrer Meinung nur durch Ausschaltung der Offiziere und der Dynastien. So kam es zum Sturm auf die Achselstücke und die Throne. Die Soldatenräte übernahmen die Macht, und Deutschland wurde eine Republik.

Die rebellierenden Soldaten hißten die rote Flagge und nannten sich „Sozialisten", weil sie von Kindheit auf in den „Roten" die Gegenkraft gegen den

Kaiser und sein Heer erblickten. Wenn sie nun selbst dem Leutnant den Gehorsam verweigerten, dann würden sie damit auch „rot"; freilich „rot" nur im Sinne einer gewaltsamen Opposition und nicht im Sinne eines positiven sozialistischen Willens. Denn die psychologische Deutung der deutschen Soldatenrevolution darf nicht von der Minderheit der bewußten Sozialisten ausgehen, die es 1918 im deutschen Heere gab, sondern von der indifferent oder bürgerlich gestimmten Mehrheit, deren Haltung alles entschied. Auf den Schultern des Millionenheeres der revolutionären Soldaten, und nicht durch eine Aktion der bewußt sozialistischen Arbeiterschaft, kam die Regierung der Volksbeauftragten in ihr Amt.

Diese Ueberlegung ist auch nicht durch den Hinweis auf die bolschewistische Revolution in Rußland zu entwerten: in Rußland wären Lenin und Trotzki gleichfalls durch die Kraft der Arbeiter allein nie zur Macht gekommen. Sondern es mußte die riesige Masse der Bauern und Bauernsoldaten dazukommen, damit die Revolution siegen konnte. Aber die Bolschewiki führten dennoch die Revolution und behaupteten sich. Also hätten — könnte man argumentieren — die Sozialisten Deutschlands dasselbe leisten können, auch wenn sie nur mit Hilfe der Soldaten zur Macht gelangten.

Der Unterschied ist der, daß die russischen Bauern, als eine dauernd bestehende gesellschaftliche Klasse, auch nach 1917 ein Interesse daran hatten, die Revolution gegen die Wiederkehr des feudalen Zarentums zu schützen. Das deutsche Heer dagegen, das die Revolution vom 9. November gemacht hatte, löste sich in den wenigen Wochen bis Weihnachten 1918 auf. Denn die Soldaten wollten den Frieden, den sie sich durch die Revolution gesichert hatten, nur für sich persönlich realisieren. Das geschah, indem sie den feldgrauen Rock auszogen und nach Hause fuhren. Mit der Rückkehr ins bürgerliche Leben verwandelte sich der Maschinengewehrschütze oder Funker wieder in den Bauern, Handwerker oder Angestellten, den kein Lebensinteresse mehr an die deutsche Revolution band. Am 9. November, als das revolutionäre Millionenheer noch die Waffen trug, war die sozialistische Regierung der Volksbeauftragten allmächtig. Dann verschwand bis Weihnachten das deutsche Heer des Weltkrieges und hinterließ machtpolitisch einen leeren Raum. Seitdem schwebte auch die Regierung der Volksbeauftragten in der Luft.

Ungefähr seit der Jahreswende 1918/1919 mußte die deutsche sozialistische Arbeiterschaft zeigen, ob sie aus eigener Kraft, ohne die zufällige Kombination mit den „roten" Soldaten vom Weltkriegsende die Macht behaupten und die deutsche Republik in ihrem Geiste aufbauen konnte.

Es ist bekannt, wie die deutsche Arbeiterschaft in dieser Prüfung versagte. Man hat auch neuerdings wieder betont, daß eine politische Demokratie unhaltbar sei, zumal eine von Sozialisten geführte Demokratie, wenn sie sich nicht eine entsprechende wirtschaftliche Basis verschaffen kann. Das ist in dieser Allgemeinheit unanfechtbar und entspricht der materialistischen Auffassung von der historischen Entwicklung. Dennoch reicht es nicht aus, um den speziellen Fall der Deutschen Republik zu erklären.

Am 9. November war zwar technisch und organisatorisch Deutschland für die Gemeinwirtschaft völlig reif. Aber psychologisch waren die Arbeitermassen auf die Verwirklichung des Sozialismus gar nicht vorbereitet. Zwar wurde in Deutschland nach dem 9. November die Parole der Sozialisierung rasch populär. Aber wie wirklich die Sozialisierung aussehen sollte, darüber bestanden in den Massen so gut wie bei den Fachleuten die größten Meinungsver-

schiedenheiten. Wenn die Volksbeauftragten in der ersten Woche ihrer Regierung durch eine Verordnung in Deutschland das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft hätten, so wäre daraus ein unmögliches Chaos entstanden.

Damit soll nicht die völlige Passivität entschuldigt werden, mit der sich die Volksbeauftragten gegenüber dem kapitalistischen und sogar gegenüber dem feudalen Eigentum in Deutschland verhalten haben. Das Mindeste wäre gewesen, wenn man damals den Bergbau und den Großgrundbesitz beschlagnahmt und die planmäßige Neugestaltung der Wirtschaft eingeleitet hätte. Aber die Entscheidung über das Schicksal der deutschen Republik ist auf diesem Gebiet nicht gefallen.

Wie eine konsequent sozialistische Revolution aussehen muß, weiß niemand von uns, denn bisher hat die Geschichte noch keine gezeigt. Aber es besteht die Möglichkeit, daß auch schon ein bürgerlich-kapitalistischer Staat von der Arbeiterschaft beherrscht wird. Wenn das sozialistische Proletariat in einem solchen Lande wirklich die Staatsmacht in der Hand hat, dann kann es allmählich auch die ökonomische Situation in seinem Sinne umgestalten. An eine solche Möglichkeit haben Marx und Engels mehrfach gedacht. Auch in Deutschland hätte die Entwicklung nach dem 9. November in dieser Art vorwärts gehen können. Die Voraussetzung dazu wäre gewesen, daß die Sozialisten die Staatsmacht wirklich bis zur letzten Konsequenz in die Hand genommen und ausgeübt hätten.

Die Entscheidung über das Schicksal der Deutschen Republik ist eigentlich schon in den ersten Monaten des Jahres 1919 gefallen. Alles was später kam, ist nur eine Bestätigung dessen gewesen, was damals historisch festgelegt wurde. Das gilt für 1920 und 1923 ebensogut wie für 1930 und 1933. Die Wurzeln all des späteren Elends der deutschen Republik liegen schon in den Januarkämpfen von 1919, die Hilferding nicht mit Unrecht die „Marneschlacht" des deutschen Proletariats genannt hat.

Die deutsche Arbeiterschaft und der deutsche Sozialismus haben ihre Marneschlacht verloren, weil sie auch nicht mit den einfachsten Voraussetzungen staatlicher Machtpolitik fertig werden konnten. Der größte Vorwurf, den man im historischen Rückblick den Volksbeauftragten zu machen hat, besteht darin, daß sie tatenlos der Auflösung des alten deutschen Heeres zusahen, ohne zu gleicher Zeit eine neue zuverlässige republikanische Truppe aufzubauen. Als die Regierung der Volksbeauftragten im Dezember 1918 und im Januar 1919 von abenteuerlichen Minderheiten gewaltsam angegriffen wurde, war sie tatsächlich wehrlos und sie warf sich den kaiserlichen Offizieren in die Arme.

Die Freikorps haben dann die Regierung gerettet, aber zugleich die militärische Gegenrevolution zur entscheidenden Macht im Staate erhoben. Das Unvermögen des deutschen Sozialismus, mit der Armee fertig zu werden, wiederholte sich an der Jahreswende von 1918 und 1919 auf den Gebieten der Polizei und Verwaltung, der Justiz, der Kirche und Schule und nicht am wenigsten der Außenpolitik. Es ist leicht, einzelne Namen mehrheitssozialistischer Führer zu nennen und ihnen persönlich die Schuld an dem ganzen Unheil zuzuweisen. Aber die wirkliche Lösung des Problems findet man auf diese Art nicht. Was sich nach dem 9. November rächte, war die unzulängliche politische Schulung der deutschen Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit.

Die Partei vor 1914 war im Wesentlichen eine sehr tüchtige und leistungsfähige Berufsvertretung der Industriearbeiter im Rahmen des monarchisch-bürgerlichen Staates. Die Partei leistete Ausgezeichnetes auf dem Gebiete der Sozialpolitik, und sie bediente sich mit gutem Erfolg der Waffe des allgemeinen Stimmrechts. Aber man hatte keine klare Vorstellung davon, in welcher Form die Partei einmal selbst die Verantwortung für das Schicksal des deutschen Volkes übernehmen würde. Die Wirksamkeit der Volksbeauftragten vom November 1918 bis Januar 1919 entspricht durchaus der Tradition der Sozialdemokratie von 1914: sie war fruchtbar und gründlich auf den Gebieten der Sozialpolitik und des Wahlrechts, und versagte überall sonst.

So konnte die deutsche Arbeiterschaft es nicht verhindern, daß in den Jahren 1919 und 1920 der Militär- und Staatsapparat der Gegenrevolution sich neu befestigte. Zugleich hat die Freikorps-Politik die Zerklüftung innerhalb der Arbeiterschaft aufs Aeußerste gesteigert. Im Sommer 1920 war der Kräfteverfall des deutschen Sozialismus ganz offenkundig. Ein Symbol der veränderten Lage war die Bildung der ersten reinbürgerlichen Reichsregierung unter Fehrenbach. Soweit die Novemberrevolution den Sinn haben sollte, daß in Deutschland eine demokratische Republik unter sozialistischer Führung errichtet würde, war sie schon im Sommer 1920 gescheitert. Acht Jahre später hat die Episode der Kanzlerschaft Hermann Müllers an den feststehenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen nichts mehr ändern können. Wenn man unter einer „Marxisten-Herrschaft" in Deutschland die maßgebende politische Führung durch die sozialistische Arbeiterschaft verstehen will, so ist die Macht der „Marxisten" schon spätestens im Sommer 1920 gebrochen worden. Die Zügel, die von den Sozialisten fallen gelassen wurden, übernahm zunächst die kleinbürgerliche Demokratie aus den Reihen des Zentrums. Seit Anfang 1923 wurde sie durch die unverhüllte Herrschaft des Großkapitals unter Cuno abgelöst.

Das in Deutschland seit 1923 herrschende kapitalistische Bürgertum nebst seinen militärischen und feudalen Anhängseln duldete die Formen der Demokratie, solange man sie für zweckmäßig hielt. Seit 1930 (Brüning) hat die herrschende Klasse die demokratischen Formen aufgegeben und ihre offene Diktatur aufgerichtet. Die Naziregierung, so sehr sie sich in wichtigen Erscheinungsformen von den Perioden Brünings und Papens unterscheidet, gehört doch historisch gesehen mit ihnen zusammen in die gleiche Zeit kapitalistischer Diktatur, die 1930 begann.

Es ist überaus bedauerlich, daß die jüngsten deutschen Ereignisse wiederum innerhalb der Arbeiterschaft die Diskussion über Demokratie und Diktatur aufleben ließen, in der völlig unfruchtbaren Gestalt, die sie durch die Bolschewisten empfangen hat. Das Unglück der deutschen Sozialisten kam nicht daher, daß sie für die Demokratie eintraten, sondern daß sie sich mit zu wenig Demokratie zufrieden gaben. Die Demokratie als die Selbstregierung der werktätigen Massen ist die unbedingte Voraussetzung des Sozialismus. Der Verlust der Demokratie ist der härteste Schlag, der die Arbeiterschaft überhaupt treffen kann.

Aber die Demokratie erschöpft sich nicht im allgemeinen Stimmrecht. Die Volksvertretung muß, auch in der bürgerlichen Demokratie, die unbedingte Gewalt über alle Kräfte des öffentlichen Lebens haben. In der deutschen Republik bestanden nicht allein die großkapitalistischen Wirtschaftsmächte und der feudale Großgrundbesitz ungestört weiter, sondern die Armee war ein

Staat im Staate, die Verwaltung, die Justiz, die Volksbildung waren von demokratischen Kräften kaum berührt. Die deutsche Republik mit ihrer Reichswehr, ihrem Reichsgericht und ihren Universitäten war überhaupt keine Demokratie, nicht einmal im bürgerlichen Sinne. Die Lehre der deutschen Ereignisse muß deshalb für die Arbeiter sein, daß sie sich eine richtige Demokratie erkämpfen und sich nicht mit der halben Demokratie begnügen. Aber die Arbeiterschaft wäre nur die Betrogene, wenn sie sich irgendwelchen Despoten unterordnen wollte, auch nicht, wenn diese sich als „revolutionäre Sozialisten" ausgeben.

Die Deutsche Republik hätte 1918/1919 eine echte Demokratie mit weitgehenden sozialistischen Möglichkeiten werden können. Die Niederlage, die damals die Arbeiterschaft erlitt, hat nur die kapitalistische Scheindemokratie bestehen lassen. Auch der Ausgang des Kapp-Putsches und die Inflationskrise von 1923 waren weitere große Niederlagen des sozialistischen Proletariats. Wenn aber eine Klasse in ihrer Revolution eine große historische Niederlage erleidet, so wie es den deutschen Arbeitern von 1919—1923 erging, dann ist es sehr schwer und braucht lange Zeit, um die Niederlage wieder gutzumachen. So hat die Niederlage der französischen Arbeiter im Jahre 1848 für 20 Jahre die demokratischen und sozialistischen Kräfte Frankreichs gelähmt. Die Niederlage der Kommune im Jahre 1871 beherrschte ebenfalls in ihren Folgen jahrzehntelang die französische Politik, bis in die Tage Boulangers und darüber hinaus. Selbst unter den ungewöhnlich günstigen revolutionären Bedingungen des russischen Zarenreiches brauchte die russische Arbeiterschaft 12 Jahre, ehe sie ihre Niederlage von 1905 wieder ausgleichen konnte. In Deutschland verläuft der entsprechende Prozeß besonders qualvoll und langwierig. Es sind jetzt gerade zehn Jahre verflossen seit dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen und dem Zusammenbruch der dort bestehenden proletarischen Regierungen. Jetzt nach 10 Jahren befinden wir uns immer noch in der tiefsten Ebbe der deutschen Gegenrevolution.

Es soll damit nicht gesagt werden, daß alles, was die deutsche Arbeiterschaft im letzten Jahrzehnt getan und gelitten hat, schicksalhafte Notwendigkeit war und daß die Folgen der Niederlage von 1919—1923 inzwischen nicht hätten ausgeglichen werden können. Auch die ruhigste und objektivste Kritik wird viele Fehler des deutschen Sozialismus in diesem Jahrzehnt feststellen können. In erster Linie ist hier die dauernde Spaltung der deutschen Arbeiterschaft zu nennen, wobei der Einfluß der kommunistischen Internationale gerade die besonders aktive sozialistische Minderheit der deutschen Arbeiter zu Sklaven der russischen Staatspolitik machte und damit lahmlegte. Hierher gehört weiter die Illusion, als ob die scheinbare Stabilisierung der deutschen Verhältnisse von 1924/1929 eine dauernde friedliche Weiterentwicklung garantierte. Hierher gehört der ängstliche Respekt vor der Legalität des bestehenden kapitalistischen Staats und der Glaube, daß die Arbeiterschaft nur im Rahmen dieser Legalität kämpfen dürfe. Aber um die ungeheure Vorbelastung zu beseitigen, die durch die Niederlage von 1919/1923 auf der deutschen Arbeiterschaft lag, wäre eine ganz besonders einheitliche klare und kraftvolle Politik der Sozialisten nötig gewesen. Es wäre eine ungewöhnliche historische Tat gewesen, wenn die deutschen Arbeiter ihre Niederlage, die sie unmittelbar nach der Novemberrevolution erlitten, schon in ein paar Jahren hätten ausgleichen können. Aber diese ungewöhnliche Tat blieb aus. So traf die Weltwirtschaftskrise seit 1929 in Deutschland ein Proletariat, das trotz seiner

zahlreichen Organisationen gespalten und unfähig zu revolutionären Kämpfen war. Darum konnte das Bürgertum 1930 seine Diktatur aufrichten und seitdem ständig verschärfen.

Die Betrachtung des 9. November sollte dem deutschen wie dem internationalen Proletariat die eine große Lehre einhämmern: es genügt nicht, daß die sozialistische Partei sich den engen Berufsinteressen der Industriearbeiter im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft widmet. Sondern sie muß jederzeit bereit sein, die gesamte Staatsmacht auf allen Gebieten in die Hand zu nehmen. Es wird die Aufgabe einer künftigen internationalen Gesellschaft sein, Krieg und Gewalt aus dem Völkerleben zu verbannen, aber die kapitalistische Gegenwart läßt sich nur durch Macht überwinden. Die deutschen Arbeiter haben in den letzten Monaten nur zu gründlich gelernt, was die Armee, die Polizei und die Justiz sind. Wenn die Demokratie in Deutschland wieder siegen wird — und die gegenrevolutionäre Ebbe ist in der Geschichte noch immer durch eine neue Flut abgelöst worden —, dann werden die Arbeiter sich nicht mit dem Achtstundentag und dem gleichen Wahlrecht begnüngen, sondern ganze Arbeit tun. Nicht im Sinne des Terrors, aber im Sinne der radikalen Umgestaltung des ganzen Staats und der ganzen Gesellschaft.

Wer führt?

Von Konrad Heiden.

Zu dem Rühmlichsten, was von dem illegalen Widerstand in Deutschland gesagt werden muß, gehört: daß er praktisch führerlos geleistet wird. Dadurch beweist er seine Echtheit. Er vollzieht sich in Zellen, und diese Zellen bilden etwas Gemeinsames, nämlich eine Bewegung, die weiter und tiefer reicht, als es vorläufig die Organisation noch kann. Sie hält beträchtliche Teile des feindlichen Apparats, SA. und namentlich NSBO. in Unruhe. Diese Unruhe ist natürlich und schafft sich ihre natürlichen Arbeitsmethoden, auf Grund spärlicher Regeln, aber reichlicher und mit jedem Tag sich mehrender Erfahrungen. Von zentralen Anweisungen und zentraler Planung dagegen kann noch kaum die Rede sein. Die Bewegung, die neuerdings wieder stärker durch die deutsche Arbeiterschaft geht, ist vorerst die Substanz, aus der ein politischer Wille erst geformt werden muß.

Mit einer solchen, führer- und in gewissem Sinne sogar ziellosen Unruhe haben alle großen politischen Bewegungen begonnen. Denn was wir heute in Deutschland erleben, ist in der Tat der Beginn einer neuen Bewegung. Man mache sich nichts vor mit „Die Sozialdemokratie lebt noch" oder „Die Kommunisten arbeiten unentwegt". Nein: der Sozialismus lebt und arbeitet unentwegt. Er lebt in den Hirnen der Arbeiter und arbeitet sich sogar in den Reden so mancher Führer der „Arbeitsfront" durch, vielleicht, ohne daß die Redner es genau merken, wie aus ihnen der Widerhall auf die stummen Forderungen ihrer Zuhörer spricht. Er lebt auch in den Angstträumen der „schweren Männer" auf der Arbeitgeberseite, die diesen Staat bereits sicher weitgehend beherrschen, und er lebt sogar in der Zauberformel, mit der das Regime seine Macht festmacht: „Nach uns der Bolschewismus". Wenn sie „Bolschewismus" sagen, meinen sie in der Tat das sozialistische Sehnen der Massen, das nach dem Maienrausch dieses Jahres vielfach noch immer von

Hitler die Erfüllung erwartet. Dies Sehnen mag sich auch eine ganze Weile noch begaukeln und betören lassen, und manche schäbige Abschlagszahlung mag ihm als „Sozialismus von oben“ aufgeschwatzt werden. Aber wenn die Mittel für diese Abschlagszahlungen aufgebracht sind, kommt die Stunde des „Sozialismus von unten“, gegen den nur das Konzentrationslager — eine Weile — hilft.

Neben diesem Gefühlssozialismus hat die Erinnerung an die alten Parteiapparate wenig zu bedeuten. Glücklicherweise, muß man sagen; denn diese mit viel Bitterkeit behaftete Erinnerung würde mehr schaden als nützen. Auch die alten Programme sind versunken. Denn das weiß ja jeder: nach einem künftigen Umschwung kann die Partie nicht etwa wieder da aufgenommen werden, wo sie am 30. Januar stehen blieb. Jede Berührung mit der Praxis beweist, daß die alte Fahne auf einem neuen Boden aufgepflanzt werden muß. Eine neue Bewegung braucht ein neues Programm. Es handelt sich nicht mehr um die sich verteidigende Arbeiterklasse der letzten vierzehn Jahre. Ein neues, größeres Proletariat entsteht, zu dem jetzt die Mittelschichten stoßen. Dies wird nämlich das große historische Werk und zugleich das Erbe des Nationalsozialismus sein; die Schaffung einer einheitlich beherrschten, unter gleichem wirtschaftlichem Druck stehenden Schicht, innerhalb deren der Unterschied zwischen kleinem Eigentum und gar keinem Eigentum keine klassenbildende Rolle mehr spielen wird, weil das kleine Eigentum sozial bedeutungslos wird.

In dieser neuen Schicht verliert die alte Frage: Wer führt? zum Teil ihren bisherigen Sinn. Sofern nämlich damit gemeint war, welche Klasse die andere führen werde, wird der Streit müßig werden, weil das Elend einheitlich, der Feind gemeinsam und der Widerstand schließlich allgemein sein wird. Das einheitliche Elend wird bestehen in einer Herabdrückung des Lebensstandards der ganzen Nation, die nur noch sehr kleinen Gruppen eine differenzierende Besserstellung erlaubt; der gemeinsame Feind sind die Inhaber der staatlichen Autorität, die sich mit der wirtschaftlichen identifiziert, und der Widerstand wird von allen ausgehen, die körperlich und seelisch nicht mehr in der Lage sind, die erteilten Befehle auszuführen. Eine Gesellschaft, deren Ideal die wirtschaftliche Verengerung ist, muß früher oder später zu diesem Punkt kommen, an dem ihre Glieder die ihnen obliegenden Leistungen nicht mehr zu erfüllen vermögen; von diesem Punkte an aber beginnt auch die Aufteilung der Autorität in hierarchische Grade unwirksam zu werden, weil mit fortschreitender Verelendung die unteren Grade sich notgedrungen mit den untersten solidarisieren — sei es auch nur in der Form passiver Resistenz.

Dies ist die zwangsläufige Entwicklung, die für uns arbeitet. Sie tut es freilich nur, wenn auch wir für die Entwicklung arbeiten. Die Spontaneität des illegalen Widerstandes in Deutschland —, man braucht sich über seine Ausdehnung in diesem Augenblick noch keine Illusionen zu machen, aber daß er in Hunderttausenden lebt und den stillen Beifall von Millionen findet, ist unter den heutigen Verhältnissen etwas Gewaltiges — beweist, daß die Massen das Bedürfnis haben, mit dieser Entwicklung Fühlung zu halten. Doch das genügt nicht. Man muß mit seinen Plänen der Entwicklung voraus sein und die Probleme zu lösen suchen, bevor sie drängen. Zu diesen Problemen gehört auch das der personellen „Führung“ im künftigen Kampf.

Das Problem kann insofern als „nicht drängend“ bezeichnet werden,

als gegenwärtig sich wohl niemand zur Führung „drängt“. Im Ausland handelt es sich derzeit nicht ums Führen, sondern ums Planen, was etwas verschiedenes ist; nicht Entscheidungen sind — im großen gesehen — zu treffen, sondern Möglichkeiten zu entdecken. In Deutschland aber ist noch nichts zu führen, sondern alles aufzubauen, und jeder hat die unbeschränkteste Freiheit, seinen Kopf zu riskieren. Unzählige tun es, und wer es am geschicktesten tut, den Spitzeln entgeht und trotzdem etwas zuwege bringt, der führt, ohne daß ihn jemand gewählt oder ernannt hat.

Was diesen Vorgang geschichtlich so bedeutungsvoll macht, ist das Entstehen einer politischen Elite, die den Aufbau eines künftigen sozialistischen Staates so viel aussichtsreicher macht, als er es für die alte Sozialdemokratie war. In diesem lebensgefährlichen Kampf tauchen zum Teil neue Personen auf; zum Teil sind es aber auch die alten Funktionäre, die im „Defensivstaat“ 1918—1932 sachlich Achtbares, aber politisch schließlich nichts Bleibendes geleistet haben, dagegen heute Großartiges vollbringen. Das hat der Uebergang von der Defensive zur Offensive zuwege gebracht. Es wird immer lehrreich bleiben, daß dieser Uebergang uns erst vom Gegner aufgezwungen werden mußte, daß wir aus eigenem nicht die Kraft zum Verzicht auf ausweglose Positionen und zum Risiko um der größeren Zukunft willen fanden — auch nicht in einer Zeit, als das vielleicht noch weniger katastrophal gewesen wäre. Daß nun aus dem gleichen Menschenreservoir, aus dem nicht die Kraft zu einem solchen Entschluß kam, sich heute die Kraft eines so entschlossenen Widerstandes entwickelt, ist wieder ein Beweis dafür, wie stark die Umstände den Menschen beeinflussen.

Wir sehen heute in Deutschland eine Schicht sich bilden, die wir vielleicht später auch einmal „alte Garde“ nennen werden. Sie unterscheidet sich durch mehreres vorteilhaft von dem, was heute unter diesem Namen in Deutschland herumspaziert. Zunächst nehmen die Männer und Frauen, die heute in Deutschland oft mutterseelenallein illegal arbeiten, eine Gefahr auf sich, von der die in Reih und Glied marschierenden SA.-Leute sich nie etwas träumen ließen. Sodann zeichnet die sozialistische Elite sich dadurch aus, daß sie ein Ziel hat, ohne einer persönlichen Autorität zu bedürfen. Denn — und dies ist das dritte — sie ist beseelt von einer Grundstimmung, die zwar im heutigen Deutschland bei den sogenannten Intellektuellen nicht viel gilt, die aber die Grundlage aller Kultur ist: sie ist beseelt von dem Geist der Kritik, von dem Mut, den eigenen Verstand zu gebrauchen. Dieser Geist ist in der Masse glücklicherweise ebenso vorhanden wie der Drang, in gewissen Augenblicken sich gläubig und kritiklos hinzugeben. Beide Seelenhaltungen haben in der Geschichte immer aufs neue in ewigem Wechsel ihre Periode. Der Nationalsozialismus kam auf der Flutwelle des blinden Glaubens dahergeschwommen; die rückkehrende Welle der kritischen Vernunft wird ihn wieder hinwegspülen.

Der Sozialismus hat heute in Deutschland an Macht alles verloren, aber die Chancen der Regeneration sind besser geworden, als sie vor dem 30. Januar waren. Der Druck des Gegners ist zwar weit furchtbarer, aber er hat auch Hemmnisse zerstört, die aus der eigenen Struktur kamen. Und die waren auf die Dauer doch die gefährlicheren. Die Illusion, daß durch Verteidigen etwas zu gewinnen sei, wird dem politischen Charakter der deutschen Sozialisten so bald nicht mehr schädlich werden. Das wird sich an der Beschaffenheit der Menschen zeigen, die für den Sozialismus kämpfen.

Es wird gewiß noch mancher müde werden. Aber selbst wenn nur ein Dutzend übrig bliebe — dieses Dutzend würden dann Kerle sein, mit denen sich die Welt erobern ließe. Es wird aber eine große Anzahl von Dutzenden sein.

Niemand wird behaupten, daß der 30. Januar unvermeidbar oder auch nur sachlich wünschenswert war; aber wie die Dinge einmal liegen, hat er doch gewisse Voraussetzungen geschaffen, die wir längst selbst hätten schaffen müssen. Die Führerschicht jener Periode ist nicht mehr; die ihr zugehörenden Menschen sind, sofern sie noch im Kampfe stehen, durch den anderen Kampf andere geworden. Sie entstammte den Bedürfnissen und Auslesemethoden einer Zeit und einer ganzen sozialen Gruppe, die beide in dieser Art vergangen sind; die Führer haben den Bedürfnissen der Geführten nicht Genüge leisten können — aber die Geführten selbst hatten sich ja diese Führer gegeben, aus ihren Reihen und im Grunde gemäß ihren Idealen. Es waren die bürgerlichen Aufstiegsideale eines als Klasse stillstehenden, nicht mehr wachsenden Proletariats. Nun hat sich alles geändert; die Partei ist nicht mehr, die Klasse selbst verwandelt sich und ist im Begriff, sich (auch im Braunhemd) umgehend auszubreiten — als einzige Ueberreste der Vergangenheit bleiben der Parteivorstand in Prag und die Komintern in Moskau; beides überlebte Gebilde. Die sie bilden, sollten das einsehen. Menschen können lernen und sich anpassen, Institutionen nicht; die müssen beseitigt und durch bessere ersetzt werden. Von den Komintern ist hier nicht zu reden; was aber die Genossen im Prager Kyffhäuser betrifft, so sollten sie erkennen, daß das Fortbestehen eines PV. der SPD. in der jetzigen Form eine Unmöglichkeit ist. Wollen sie dem nächsten Parteitag entgegenträumen, an dem alles den Statuten gemäß seine Erledigung findet?

Nein, das wollen sie erklärtermaßen nicht. Und ich bin überzeugt, daß sie die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes selbst erkennen. Die einzelnen Personen haben ihre unbestrittenen Qualitäten, die auch in Zukunft noch Nutzen stiften können; der PV. als repräsentatives, symbolisches Ganzes ist unmöglich. Wenn die Prager Genossen aus dieser Erkenntnis noch nicht die Folgerungen gezogen haben, so hält sie vermutlich die Ueberlegung ab: wo sind die geeigneteren Nachfolger? Die Frage kann zu Recht erhoben werden. Wer hat sich seit dem 30. Januar — denn nur die Zeit seitdem zählt — durch irgendeine Leistung so qualifiziert, daß er Anspruch auf Führung oder Mitführung machen kann? Es ist in der Tat nicht leicht zu sagen, wer geeigneter sein könnte als der jetzige Parteivorstand. Aber mit Sicherheit kann auch gesagt werden, daß niemand ungeeigneter sein könnte.

Nochmals: dies ist keine Personenfrage. Wir wollen uns nur ja nicht einbilden, daß nun, weil das Unglück da ist, uns das Schicksal plötzlich ein halbes Dutzend Genies senden wird, oder auch nur ein einziges, das nun alles herrlich macht. Es handelt sich nicht um irgendeine Ideallösung, sondern um Leben und Sterben der Partei. Die Bewegung ist unsterblich, darum lebt sie auch in verwandelter Form weiter. Die Partei kann *nur* in verwandelter Form weiterexistieren. Bleibt die organisatorische Spitze der Partei unverändert in der bisherigen Form, dann wird der Starrkrampf in den Tod übergehen, bevor die Beteiligten es recht merken. Nur durch Regeneration ihres Hauptorgans vermag die Partei zu beweisen, daß sie noch lebensfähig ist und mit der Bewegung mitleben will.

Wahrscheinlich werden mit der Zeit ja neue Gruppen mit neuen Spitzen

entstehen. Aber neben ihnen wäre das Fortbestehen der alten Organisationsspitze erst recht eine Belastung und Vergeudung. Natürlich muß jeder Akt vermieden werden, der als endgültige Liquidation der Bewegung aufgefaßt oder auch nur ausgegeben werden könnte. Eine Liquidation der Partei könnte unter bestimmten Umständen zu dieser Verwechslung führen; eine Erneuerung des Parteivorstandes niemals — im Gegenteil.

Der neue Parteivorstand würde ein ganz anderes Aufgabenfeld vorfinden als der alte. Dessen Funktion war einerseits die Verwaltung einer riesigen Organisation, die fast eine Million Menschen umfaßte, und zum anderen die Lenkung dieses politischen Kolosses über die oft recht schmalen Pfade der parlamentarischen Demokratie. Heute treten neben den im engeren Sinne politischen Aufgaben die pädagogischen weit stärker in den Vordergrund. Die Erziehung von Kämpfern ist das wichtigste, was die Partei heute überhaupt zu leisten vermag, und die oberste Parteiführung muß auf diesen wichtigsten der Zwecke hin ausgewählt sein. Eine Zentrale, die nicht einem Funktionärkörper vorsteht, sondern Apostel nach Deutschland entsendet: das heißt heute politische Führung.

Eine Diskussionsgrundlage

Von Karl Kautsky.

I. Kritik der Vergangenheit.

„Neu beginnen!" heißt eine neue Broschüre*), die ihre Entstehung nicht einer einzelnen Persönlichkeit verdankt, sondern „jungen Kreisen der Partei", die „nicht nur die Gefahren der faschistischen Entwicklung vorausgesehen, sondern auch rechtzeitig vor ihrem Eintritt die notwendigen organisatorischen Folgerungen gezogen haben". Sie wollen die „Grundlage für eine neue Existenz der Bewegung legen und fordern, daß dies Bemühen von den emigrierten Parteimitgliedern und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale nicht gehemmt, sondern gefördert wird."

Wozu das Ersuchen dieser Förderung? Versteht es sich nicht von selbst, daß die Emigration und die Internationale jeden Versuch nach Kräften unterstützen werden, im Deutschen Reich freie Arbeiterorganisationen neu aufzubauen und eine Arbeiterbewegung wieder in Gang zu bringen, und daß der tapfere Kreis, der sich Miles nennt, bei solchem Wirken unserer wärmsten Sympathien und Anerkennung sicher sein kann.

Oder sollte dieser Kreis mehr fordern? Sollte er unbedingt Zustimmung zu seinen theoretischen Ausführungen beanspruchen? Aber dem widerspricht es, daß er selbst sie als „Diskussionsgrundlage" bezeichnet. Als solche wollen auch wir sie betrachten. Und da dürfen wir allerdings trotz aller Sympathie mit den kühnen Kämpfern mit unserem kritischen Bedenken nicht hinter dem Berg halten.

Miles sieht die deutsche Sozialdemokratie im übelsten Lichte. Nicht nur ihre Politik in den letzten Jahren. Nein, er behauptet, sie habe nie etwas mit wahrhaftem Marxismus zu tun gehabt, auch vor dem August 1914 nicht:

*) Miles' „Neu beginnen! Faschismus oder Sozialismus. Diskussionsgrundlage zu den Streitfragen des Sozialismus in unserer Epoche." Probleme des Sozialismus. Sozialdemokratische Schriftenreihe. Heft 2. Druck- und Verlagsanstalt „Graphia", Karlsbad.

„Sie konnte niemals Prinzipien verraten, die sie nie besessen hat. Ihr Ziel war immer im besten Falle eine bürgerlich-kapitalistische Republik. Stets blieb die deutsche Sozialdemokratie ihren Grundsätzen treu, die den bürgerlichen Staat und den Kapitalismus bejahten. (S. 39).

Merkwürdig, daß Marx selbst oder Engels oder auch Lenin (vor dem August 1914) nie etwas davon geahnt haben. Aber freilich, Miles findet, daß auch die Kommunisten verhängnisvolle Bahnen eingeschlagen haben. Wohl anerkennt er bei ihnen einen heißen Willen, für das Proletariat und den Sozialismus zu kämpfen.

„Das hindert nicht, daß auch die KPD. dem bürgerlichen Denken in verhängnisvollem Maße zum Opfer gefallen ist, wenn auch in anderer Weise und in anderen Formen, als die SPD.. . . „In ähnlicher Weise weichen auch die anderen sozialistischen Sekten oder Splittergruppen — zum Beispiel SAP., KPO. — vom Marxismus ab." (S. 41).

Doch nicht besser soll es mit der ganzen Internationale stehen. Auch sie ist bisher kläglich gescheitert und außerdem konstatiert Miles „das geschichtliche Versagen der Arbeiterklasse". Kein Wunder, daß er zu dem Schlusse kommt, es drohe eine völlige „Vernichtung" nicht nur der Sowjetmacht, sondern der ganzen sozialistischen Arbeiterbewegung auf lange Zeit, vielleicht auf immer.

Nur eines könne uns retten: Die Erhebung der sozialistischen Arbeiterbewegung „auf eine höhere Stufe der marxistischen Erkenntnis und des revolutionären Handelns" (S. 49).

Das soll aber heißen, daß auch der Marxismus in seiner bisherigen Form in einem entscheidenden Punkte versagt hat. Miles findet, der Marxismus müsse erst umgestaltet werden, soll er den Ariadnefaden aus dem Labyrinth der Gegenwart bilden können. Wenn das heute nicht gelingt, sind wir fertig für immer.

Eine trostlose Aussicht. Die ganze sozialistische Arbeiterbewegung des Erdenrunds, alle ihre Richtungen und Organisationen haben bisher versagt. Und doch umfaßt diese Bewegung sicher die Elite des Proletariats und seine besten Intelligenzen. Was sollte gegenüber dieser allgemeinen Unfähigkeit der Notschrei eines kleinen Kreises vermögen?

2. Das Marxsche Dogma.

Es ist ein Glück für die Zukunft der Menschheit, daß die verzweifelten Feststellungen, die Miles vorbringt, unrichtig oder falsch begründet sind. So weit er richtig sieht, erweist sich das, was ihm als allgemeine Tatsache erscheint, bloß als eine lokale oder zeitlich relativ eng begrenzte Erscheinung. Das eingehend nachzuweisen, würde den Raum eines Artikels sprengen. Einige Beispiele mögen genügen:

So sehr Miles marxistisch fühlt, in einem Punkte gibt er Marx und Engels unrecht. Diese verfochten die Anschauung, daß im Laufe der kapitalistischen Entwicklung das Proletariat an Zahl, aber auch an Kraft und Einsicht wächst, daß es notwendigerweise an Selbstbewußtsein zunimmt in doppeltem Sinne; einmal an Kraftbewußtsein und dann an ökonomischer Einsicht, und daß diese ihm schließlich keinen anderen Weg zeigt, sich zu befreien, als die Eroberung der politischen Macht, um durch sie die Produktionsweise in einer Weise umzugestalten, die den Arbeiter aus dem Sklaven dem Herrn der Produktionsmittel macht. Miles faßt diesen Gedankengang in die Worte, daß, nach der Marxschen Anschauung, „die gesellschaftliche

Entwicklung unbedingt zur proletarischen Revolution und zum Sozialismus treiben müsse" (S. 34).

> „Diese Auffassung war verständlich in der Aufstiegsperiode des Kapitalismus und vielleicht noch in der ersten Nachkriegszeit. Aber die Erscheinungen des kapitalistischen Niederganges, besonders der Entwicklung seit 1924 und der Sieg des deutschen Faschismus haben sie restlos widerlegt."

> „Wer heute noch diesem Dogma nachbetet, nach all den blutigen Erfahrungen der letzten Jahre, fällt den Kämpfern für den Sozialismus in den Rücken." (S. 85).

Kein Zweifel, wir haben kein „Dogma nachzubeten", auch dann nicht, wenn es von Marx herrührt. Warum wird aber für Miles gerade nur die eine der Marxschen Lehren zum „Dogma"? Warum ist diese eine Lehre ein leerer Wahn, unvereinbar mit der Erkenntnis der Wirklichkeit?

Miles beweist das folgendermaßen:

Im letzten Jahrzehnt leiden die arbeitenden Massen „unerhört", sie werden „geradezu pauperisiert."

> „Diese Schichten geraten in Bewegung, sie werden radikalisiert. Aber — hier liegt der entscheidende Unterschied zur Marx-Engelsschen Voraussage: zwar radikalisiert, aber nicht im Sinne des Sozialismus." (S. 62).

> „Sie werden faschistische Triebkräfte, die selber Ergebnis der geschichtlichen Spontanität, die historische Automatik des kapitalistischen Niederganges darstellen und sie vorwärtstreiben. Der Weg zum Sozialismus dagegen muß entgegen diesen automatischen Niedergangstendenzen von solchen Menschen bewußt beschritten und gestaltet werden, die die Einsicht in die Gesetze und Tendenzen der Geschichte haben." (S. 63).

Kein Zweifel, hier hat Miles vollständig recht. Aber warum dieses Unvereinbarsein mit der „Marx-Engelsschen Annahme, die heute noch für die meisten Sozialisten als ein unantastbares Dogma gilt"?

Niemals erklärt dieses „Dogma", daß die Proletarier automatisch zu sozialistischem Denken kommen. Die Klassengegensätze erzeugen zunächst nur eine Stimmung des Antikapitalismus in ihnen. Nur tiefere ökonomische Erkenntnis entwickelt diesen bloßen Antikapitalismus zum Sozialismus. Proletarier, denen diese Erkenntnis fehlt, können leicht von politischen und ökonomischen Quacksalbern irregeführt werden. Wann hätte Marx das geleugnet? Schon im kommunistischen Manifest sagte er von den Kommunisten:

> „Sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die E i n s i c h t in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus."

Also Marx wußte sehr gut, was auch schon der Augenschein lehrte, daß die E i n s i c h t in die sozialen Bedingungen und Entwicklungstendenzen der Kommunisten, später Sozialdemokraten genannt, von der „übrigen Masse des Proletariats" unterscheidet. Dieser solche Einsicht zu bringen, ist dann auch von der Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet worden. Allerdings, seit dem Ausbruch des Weltkrieges nahmen dringende Probleme des Alltags so sehr alle geistigen Kräfte der Arbeiterbewegung in Anspruch, daß zu theoretischer Arbeit wenig Zeit übrig blieb. Das gilt aber für jede revolutionäre Partei in jeder Revolution. Das liegt nicht an einem besonderen Marxschen Dogma. Wofür hat denn Marx zeit seines Lebens gearbeitet, wenn nicht für tiefere ökonomische Erkenntnis, für „ein klares Bewußtsein des Weges und des Zieles" der sozialistischen Arbeiterpartei?

Miles verstünde Marx falsch, wenn er meinte, dieser habe gelehrt, daß das Proletariat a u t o m a t i s c h, ohne geistige Tätigkeit zu einer sozialisti-

schen Zielsetzung gelange. Er mißversteht aber Marx auch darin, wenn er meint, das Proletariat und alle seine Schichten müßten s t e t s, unter a l l e n B e d i n g u n g e n zu Sozialisten werden. Marx und Engels haben es selbst vertreten, daß die Arbeiter Englands seit dem Untergang des Chartismus für mehr als ein Menschenalter dem Sozialismus gleichgültig, zum Teil direkt ablehnend gegenüberstanden. Anderseits sahen sie schon früher, daß in Frankreich nach der Junischlacht und dem Sieg des dritten Napoleon zahlreiche Arbeiter an der Idee der demokratischen Republik und des demokratischen Sozialismus irre wurden und sich teils dem Anarchismus Prudhons, teils aber auch dem Bonapartismus ergaben. Und bald nach Marx' Tod erlebte es noch Engels, daß nicht wenige Proletarier und auch manche Sozialisten dem französischen Vorläufer Hitlers, dem General Boulanger zujubelten, als dieser mit demagogischer Ausnutzung nationalistischer und radikal-revolutionärer Redensarten auf die Diktatur lossteuerte (1887—1890), wobei er allerdings scheiterte.

Also, daß Teile des Proletariats dem demokratischen Sozialismus fernbleiben oder von ihm abfallen, um sich dem Liberalismus oder der Anarchie oder der Verehrung eines Diktators zu ergeben, war für Marx und Engels nichts Neues. Sie bedurften nicht erst der Tatsachen von 1924 bis heute.

Was sie behaupteten, war nicht, daß stets unter allen Umständen der proletarisch-kapitalistische Klassengegensatz die Proletarier zur Bildung einer sozialistischen Arbeiterpartei führt, sondern — daß das früher oder später deshalb eintreffen muß, weil anzunehmen ist, daß die Proletarier wie alle Menschen aus ihren Erfahrungen lernen und dadurch schließlich zu sozialistischer Einsicht kommen. In der Tat sind dann auch die englischen Arbeiter nach mehreren Jahrzehnten wieder zum Sozialismus gekommen, die französischen haben den Prudhonismus ebenso überwunden wie die Bonapartistische und Boulangersche Sozialdemagogie.

Weder Marx und Engels selbst, noch einer ihrer Jünger, haben aus Vorgängen dieser Art je den Schluß gezogen, daß das Marxsche Dogma falsch sei, sondern nur den Schluß, man soll nicht aus einer Augenblickssituation weniger Jahre voreilig verallgemeinernde Schlüsse für die Gesamtheit der Entwicklung ziehen.

Das tut Miles. Er betrachtet nur das letzte Jahrzehnt und schließt daraus, der Niedergang des Kapitalismus erzeuge eine „allgemeine Tendenz zum Faschismus" in der ganzen Welt. (S. 13 und 15). Er rechnet mit der „neuen gesellschaftlichen Kraft der faschistischen Entwicklung des Weltkapitalismus". (S. 39).

Welche Erscheinungen liegen dieser Darstellung zugrunde?

Das was Miles als „Niedergang des Kapitalismus" bezeichnet, ist der Uebergang zum Spätkapitalismus. Der Uebergang von der Periode des Freihandels un dder freien Konkurrenz zu der von Hochschutzzöllen und Kartellen. Gleichzeitig ändert sich das Verhältnis des industriellen Kapitals zum Geldkapital und zum Grundbesitz. Der Industrielle bekämpft sie nicht mehr, verbündet sich mit ihnen. Gleichzeitig sucht er die Märkte nicht mehr durch die Billigkeit seiner Produkte zu erobern, sondern durch die Gewalt der staatlichen Waffen. Das früher pazifistische industrielle Kapital wird „imperialistisch" und kriegerisch. Hilferding nannte dies Zeitalter treffend das des Finanzkapitals.

Das Kapital wird nun immer mehr gewalttätig. Doch stößt es auf immer energischeren Widerstand des Proletariats, das den Vorkampf für den Frieden, für den freien Völkerverkehr, gegen die privaten Monopole aufnimmt. Alles das kennzeichnet die neueste Phase des „Weltkapitalismus", die schon in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts einsetzte, nicht erst jetzt. Von Faschismus war damals noch nicht die Rede.

Gewiß, die Kapitalisten neigen immer mehr zur Gewalttätigkeit, nicht bloß in der äußeren, sondern auch in der inneren Politik. Aber damit der Wunsch zur Wirklichkeit wird, müssen die Kapitalisten über Massen verfügen, die sie gegen das demokratische, pazifistische Proletariat aufbieten können, und gerade diese Massen machten sich bis 1914 immer mehr von ihrem Einfluß los.

Da kam der Weltkrieg mit seinen für manchen Staat entsetzlichen Konsequenzen, die noch verschärft wurden durch wirtschaftliche Krisen. Dadurch wurden dort zahllose völlig ungeschulte arbeitende Elemente, die jeder ökonomischen Einsicht bar waren, Bauern, Kleinbürger, Intellektuelle, sowie rückständige Proletarier, zur Verzweiflung gebracht. Sie verstanden es nicht, der Sozialdemokratie jene politische Uebermacht zu verleihen, deren sie bedurft hätte, um die Schäden des Kapitalismus zu hemmen und zu sozialistischem Produzieren vorwärtszuschreiten. Sie sahen ihr Heil bloß in sinnlosen Gewalttaten, wobei sie, innerlich haltlos, jedem Führer folgten, der ihnen sofortigen Erfolg versprach. In Deutschland landeten sie nach mannigfachen Schwankungen, in der Mehrheit schließlich bei Hitler, weil er als der Stärkste erschien.

Diese Unterwerfung unwissender, haltloser Massen unter einen Führer, der sie dem Kapital verkauft, das ist der Faschismus. Dieser ist nicht das Ergebnis einer allgemeinen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, sondern ein Ergebnis besonderer Zustände einiger Staaten unter dem Einfluß der Nachwirkungen des Weltkrieges. Es waren nicht die kapitalistisch höchststehenden, sondern die kapitalistisch rückständigen Staaten, die ihm am ehesten verfielen. Eine Ausnahme machte das Deutsche Reich seit einem Halbdutzend Jahren. Seine Stellung in der Welt ist aber seit dem Weltkrieg eine ganz abnorme. Es ist ganz verfehlt, aus den deutschen Ereignissen den Schluß zu ziehen, daß der Kapitalismus überall in der Welt die Bedingungen des Faschismus schaffe.

Dieser bildet nur eine auf einige Staaten beschränkte und vorübergehende Ablenkung arbeitender Massen von sozialistisch-demokratischem Denken, wie sie in der Geschichte unserer Bewegung schon im vorigen Jahrhundert wiederholt seit der Christenverfolgung vorgekommen sind. Sie kennzeichnen nicht bloß das letzte Jahrzehnt. Sie waren stets vorübergehend, denn bürgerliche Parteien und Demagogen können nie Verhältnisse schaffen, die das Proletariat befriedigen. Darum rechneten Marx und Engels damit, daß jede Abwendung proletarischer Elemente vom demokratischen Sozialismus früher oder später vorübergehe und das Proletariat immer wieder in die Bahnen des Sozialismus einschwenken müsse.

Unsere theoretische Ueberzeugung ist nicht so oberflächlich begründet, daß ein paar Monate Hitlerregime genügen könnten, uns an der Marxschen Lehre irre zu machen. Wir werden auch weiterhin das Marxsche „Dogma nachbeten".

3. Die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie.

Das Marxsche „Dogma", das wir eben beleuchten, erscheint Miles so verderblich, daß derjenige, der es „nachbetet", den „Kämpfern für den Sozialismus in den Rücken fällt".

Noch verderblicher erscheint Miles die „Verbürgerlichung der Sozialdemokratie", die, wie er immer wieder behauptet, „stets schon bestand", also auch zur Zeit, wo Marx und Engels lebten und für sie tätig waren.

> „Die deutsche Sozialdemokratie blieb ihren Grundsätzen (!) treu, die den bürgerlichen Staat und den Kapitalismus bejahten." (S. 39).

Unsere Partei hat also nicht etwa gelegentliche Fehler gemacht, sondern sie ist stets und grundsätzlich eine kapitalistische Partei gewesen. Das hat nicht einmal Lenin behauptet. Er warf ihr bloß vor, sie sei nach dem August 1914 allmählich dazu geworden.

Welche Beweise führt Miles für diese Behauptung an?

Er zitiert mich, den „Theoretiker der deutschen Partei", der in der Schrift „Der Bolschewismus in der Sackgasse", 1930, erklärt haben soll:

> „Mit der Revolution von 1918 verwandelte sich die SPD. in eine konservative Partei, denn eine Revolution sei undenkbar."

Miles bemerkt dazu:

> „Damit wird klar ausgesprochen, was den meisten Teilen der Partei gar nicht bewußt ist, daß das politische Ziel der deutschen SP. die bürgerliche Republik und nicht der sozialistische Staat ist, und daß ihr soziales Ziel ein reformierter Kapitalismus war. Denn der Sozialismus setzt ja noch eine Revolution nach der bürgerlichen voraus (S. 39, 40).

Womit bewiesen ist, daß ich nicht ein Sozialist bin, sondern ein Reformator des Kapitalismus. Und zwar offenbar seit jeher.

Was habe ich in Wirklichkeit gesagt?

Ich führe in der zitierten Schrift aus (S. 130):

> „Die politischen Aufgaben der proletarischen Parteien werden (in Deutschland) durch den Umsturz (von 1918) und seine Folgen fundamental geändert. Der Staat, in dem sie leben, ist nicht mehr die Militärmonarchie, sondern die demokratische Republik, die von der Reaktion bedroht wird, ihren sicheren Schutz nur beim Proletariat findet. Die Republik, also den bestehenden Staat, zu erhalten, nicht ihn umzustürzen, wird jetzt unsere Funktion. Insofern hört die Sozialdemokratie auf, revolutionär zu sein und wird sie konservativ. Nicht dadurch, daß sie etwas von ihren Bestrebungen preisgibt, sondern dadurch, daß sie einen entscheidenden Teil davon verwirklicht hat. Nicht sie hat sich geändert, sondern der Staat. Der Gedanke der politischen Revolution nach der politischen Revolution, verliert so jeden Sinn.
>
> „Doch wenn wir auch die demokratische Republik verteidigen, so hat sie doch — ganz abgesehen von der sozialistischen Gestaltung der Produktionsweise — noch lange nicht jene Formen erreicht, die wir anstreben. Sie bietet erst die Ansatzpunkte dazu."

Man vergleiche diesen Gedankengang mit seiner Wiedergabe durch Miles!

Ich fordere die Verteidigung der „demokratischen Republik". Miles macht flugs daraus die „bürgerliche Republik" und den Verzicht auf den „sozialistischen Staat". Er vergißt, daß auch Marx und Engels schon die „demokratische Republik" verlangten und daß sie nie die abgeschmackte Unterscheidung zwischen einer bürgerlichen und einer proletarischen demokratischen Republik als Staatsform machten. Oder sollen wir ein bürgerliches und ein proletarisches allgemeines Wahlrecht unterscheiden, eine bürgerliche und eine proletarische Form allgemeiner Versammlungs- und Redefreiheit usw.? Und hat nicht Miles selbst die Verteidigung der

bestehenden demokratischen Republik für eine dringende Aufgabe des Proletariats gehalten? Hat er nicht insofern auch den bestehenden Staat verteidigt, ist er nicht „konservativ“ gewesen gegenüber den kapitalistischen und junkerlichen etc. Umstürzlern?

Miles hat ebenso mich völlig mißverstanden, wie Marx und Engels. Ich bin also wenigstens in guter Gesellschaft.

Miles' „politisches Endziel“ ist — auch hier im Gegensatz zu Marx und Engels — nicht die demokratische Republik. Er behauptet:

> „Nur diktatorisch-zentralistische Staatsformen können auf die Dauer Bestand haben. Das Entstehen zentralistischer Parteistaaten ist auf die Dauer doch nicht zu vermeiden. Die Frage ist nur, ob diese Staatsform faschistischen oder sozialistischen Inhalt haben soll.“ (S. 40.)

Wer anderer Meinung ist, es ablehnt, dieses faschistische Kukuksei in das sozialistische Nest legen zu lassen, wer an der demokratischen Republik festhält, gibt nach Miles Ansicht den Sozialismus preis, will bloß einen „reformisten Kapitalismus“.

Das ist der erste Beweis dafür, daß die Grundsätze der deutschen Sozialdemokratie „den bürgerlichen Staat und den Kapitalismus bejahen“. Den zweiten Beweis sieht Miles darin, daß unsere Partei stets nicht nur für die engsten Arbeiterinteressen besorgt war, sondern auch Interesse für das Funktionieren des gesamten Produktionsprozesses hatte. Miles nennt das „rührende Besorgtheit für Wohlergehen und Gedeihen des kapitalistischen Systems“. Daraus wird auch gleich Besorgtheit für „die Besitzer der Wirtschaft, also die Kapitalisten“.

Keine Frage, von unserer Partei wurde seit 1918, aber auch schon vor dem Kriege, eine Reihe praktischer politischer und ökonomischer Maßnahmen verfochten oder gebilligt, die in unseren eigenen Reihen strittig waren, so daß sie dieser oder jener Richtung als Fehler erschienen. Darüber kann man auch heute noch diskutieren. Aber darum handelt es sich hier nicht, sondern um die Frage, ob unsere Partei grundsätzlich seit jeher das war, als was sie heute die Kommunisten bezeichnen: Lakaien der Bourgeoisie, ob sie das deshalb war, weil wir stets nicht nur das proletarische Sonderinteresse, sondern auch das gesellschaftliche Gesamtinteresse im Auge hatten. Miles vergißt, daß Marx schon 1847 erklärte:

> „Die unerläßliche Bedingung für eine passable Lage der Arbeit ist also möglichst rasches Wachsen des produktiven Kapitals“ („Lohnarbeit und Kapital“, S. 28).

Er fügt hinzu, daß, so sehr das rasche Wachsen des Kapitals das materielle Leben des Arbeiters verbessern mag, der Gegensatz zwischen den Interessen beider dadurch nicht aufgehoben, nicht einmal abgeschwächt wird.

Man kann sehr wohl die Interessen des gesamten Produktionsprozesses und die der Arbeiter gegen das Kapital gleichzeitig wahren. Beide hängen innig zusammen.

Darum haben Marx und Engels sich für die Goldwährung ausgesprochen und gegen den Bimetallismus; für den Freihandel in Deutschland — nach 1870 — und für den Schutzzoll in den Anfängen der amerikanischen Industrie usw.

Wir brauchen keine weiteren Belege für das Gesagte. Heute, in der Zeit entsetzlichster Arbeitslosigkeit, spürt es jeder Arbeiter, daß für die Wiederkehr der Prosperität wirken, nicht nur den Kapitalisten, sondern auch den Arbeitern helfen heißt.

Das ist gerade das Große an der Sozialdemokratie, daß sie nicht bloß die proletarischen Sonderinteressen, sondern auch das gesellschaftliche Gesamtinteresse vertritt. Solange der Kapitalismus im Aufstieg war, nahmen seine theoretischen Vertreter an, er liege im gesellschaftlichen Gesamtinteresse. Sie identifizierten beide Interessen und traten von diesem Standpunkt aus allen Sonderinteressen innerhalb des Kapitalismus, etwa des Großgrundbesitzes oder der Schwerindustrie, entgegen. Das war die Zeit des Liberalismus.

Der Spätkapitalismus hat die Zuversicht verloren, daß seine Produktionsweise im Gesamtinteresse liege. Die einzelnen Kapitalistenschichten kämpfen heute nur noch um ihre beruflichen und nationalen Sonderinteressen, die sie auf Kosten der Gesamtheit zu fördern suchen. Sie stören und hemmen dadurch den Gesamtprozeß. Der Liberalismus geht dabei unter. Heute ist es nur noch die Sozialdemokratie, die neben den Interessen der Arbeiter auch die Interessen der Gesamtheit, der Konsumenten, gegenüber den Sonderinteressen einzelner Kapitalistengruppen verficht. Das ist jetzt ebenso ihre historische Aufgabe, wie die Vertretung der besonderen Arbeiterinteressen.

Diese Seite des heutigen Kapitalismus sieht Miles überhaupt nicht. Seine Vorwürfe gegen unsere Partei — nicht wegen einzelner Fehler, die sie begangen haben mag, sondern wegen ihres Wesens — beruhen auf völliger Verkennung der Tatsachen. Und das ist ein Glück.

Wären Miles' Vorwürfe berechtigt, dann stürzten alle Pfeiler zusammen, auf die unsere zuversichtliche Erwartung des proletarischen Endsieges bisher aufgebaut war.

4. Ein Aktionsprogramm.

Es fehlt der Raum, den weiteren theoretischen Ausführungen nachzugehen. Noch vieles ist anfechtbar. Doch gilt das zum Glück nur für den theoretischen und kritischen Teil. Ihm folgt ein positiver Teil, und der bietet erfreulicherweise einen ganz anderen Anblick. Ihm können wir fast uneingeschränkt zustimmen, allerdings bloß deshalb, weil er im Gegensatz steht zu den theoretischen Ausführungen, auf die er sich aufbaut.

Das Programm, das Miles zur Diskussion stellt, ist sehr vernünftig und kann ganz wohl anerkannt werden.

Es geht von der Erwägung aus, daß an eine freiwillige Abdankung der faschistischen Diktatur nicht zu denken ist.

Die erste Bedingung seiner wirksamen Bekämpfung besteht in der „Sammlung aller deutschen Organsationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen“ (S. 57).

Diese Sammlung wird notwendig auch für die Internationale. Sie ist nur möglich auf der Grundlage der Demokratie in der Partei und der Internationale (S. 58). Die Aussichten auf Einbeziehung der Kommunisten in die sozialistische Sammlung schätzt Miles mit Recht zur Zeit gering ein. Sie scheitert daran, daß die kommunistische Partei weder Gleichberechtigung der verschiedenen sozialistischen Organisationen in der zu schaffenden Arbeitsgemeinschaft noch ihr loyales Zusammenarbeiten zugestehen will, sondern Unterwerfung aller Organisationen unter Moskauer Kommando fordert.

Aber Miles geht noch weiter. Er hält nicht bloß Demokratie in der Partei

und der Internationale für nötig, er empfiehlt sogar ein Bündnis mit den „bürgerlich-demokratischen Schichten und Gruppierungen" zum Kampf gegen den Faschismus. Durch ein solches stärken die Sozialisten „ihre eigene Macht" (S. 58). Ein Bündnis dieser Art ist aber nur möglich, wenn wir als Ziel des Kampfes gegen Hitler die Eroberung der demokratischen Republik aufstellen. Nur unter dieser Fahne können wir siegen:

> „Wir revolutionären Sozialisten wissen sehr genau, daß ohne die Wiederherstellung der Demokratie die Wiederaufnahme des sozialistischen Emanzipationskampfes als Massenbewegung unmöglich ist und darum ist unser unmittelbares politisches Kampfziel die Niederringung des faschistischen Staatssystems und seine Ersetzung durch die breitesten Freiheitsrechte der Volksmassen in einem demokratischen Regime. Zur Erreichung dieses Ziels sind wir bereit, mit allen Gruppen und Organisationen zusammenzuarbeiten, die wenigstens geneigt sind, aus einer gleichartigen Einstellung in dieser Streitfrage der bürgerlich-demokratischen Freiheiten Konsequenzen zu ziehen" (S. 59).

Diese Ausführungen unterschreibe ich Wort für Wort, abgesehen von dem komischen Ausdruck: „bürgerlich-demokratische Freiheiten". Ich kenne nur demokratische Freiheiten. Von den jeweilig gegebenen sozialen Verhältnissen hängt es ab, wer aus diesen Freiheiten den meisten Nutzen zieht, ob das Proletariat, ob Bauern, Kleinbürger oder sonst wer.

Miles lehnt freilich die demokratische Republik als endgültige Staatsform ab. Er will sie bloß erobern, um sie wieder umzustürzen durch Aufrichtung einer neuen diktatorisch-zentalisierten Staatsform, die allerdings jetzt im Besitz der sozialdemokratischen Partei sein soll.

Darüber uns noch mit ihm auseinanderzusetzen, würde zu weit führen. Ich habe mich jedoch über diese Frage auch schon sehr ausführlich in anderen Publikationen geäußert. Das Problem, wie es Miles formuliert, wird indes ein rein akademisches und braucht uns nicht zu erhitzen, da Miles selbst zunächst die Eroberung der Demokratie will. Was wir zunächst wollen, wofür wir alle antifaschistischen Elemente zusammenfassen wollen, das gewinnt praktische Bedeutung für uns, darüber müssen wir uns heute schon klar werden, denn keine wirksame Bewegung ohne festes Ziel.

Aber was wir dann machen werden, wenn es uns gelungen ist, die Demokratie zu erobern, darüber nachzudenken, ist wohl sehr am Platze, doch wäre es höchst überflüssig, darüber einen Kampf zu entfesseln, der unsere Einheit gefährden könnte. Zu bemerken wäre nur, daß die Wucht unseres Kampfes gegen Hitler eine ganz andere sein wird, wenn wir sein System grundsätzlich als schädlich und verderblich verwerfen, als wenn wir an ihm nur das auszusetzen finden, daß nicht wir es sind, die es dirigieren, wenn wir also im Grunde nur einen Personenwechsel anstreben, nicht einen Systemwechsel.

Entscheidend jedoch ist der Gedankengang, den Miles anerkennt, daß wir Hitler nur überwinden können im Kampf um die Demokratie und daß wir zu diesem Kampfe nicht nur alle proletarischen, sondern sogar alle demokratischen Elemente zusammenfassen müssen.

Das ist in der Tat das Gebot der Stunde. Und wenn die Milessche Schrift das Interesse der Genossen auf diesem Punkt konzentriert, dann bietet sie, trotz ihrer großen Schwächen, eine gute Grundlage für weitere Diskussionen.

Kriegs- und Friedenstendenzen im Faschismus

Von Franz Wegner.

Der Austritt des Deutschen Reichs aus dem Völkerbund hat die Tatsache in hellstes Licht gestellt, daß der deutsche Faschismus unmittelbare Kriegsgefahr mit sich bringt. Es ist eine Situation ähnlich der Annexionskrise im Jahre 1908. Wann der Funke ins Pulverfaß fallen wird, ist ungewiß, aber die Kriegsgefahr ist nicht mehr bloß ein allgemeiner Grundzug der Epoche, sie bestimmt konkret jeden einzelnen Schritt der Innen- und Außenpolitik der Mächte. Aus der Gefahr kann täglich Wirklichkeit werden; die Frage wird nicht mehr von der Tagesordnung schwinden.

Niemand bezweifelt, daß gerade der Sieg des Faschismus im Deutschen Reich diesen plötzlichen Szenenwechsel düsterster Vorbedeutung herbeigeführt hat. Einfach und eindeutig ist der Zusammenhang zwischen Faschismus und Kriegsgefahr gleichwohl nicht. Auch der Sieg des italienischen Faschismus schien seinerzeit schwerste Kriegsgefahr mit sich zu bringen. Die Wirklichkeit der letzten zehn Jahre hat jedoch gezeigt, daß der italienische Faschismus keinesfalls kriegerischer war als andere nichtfaschistische Staaten. Wird vielleicht der deutsche Faschismus sich in demselben Widerspruch zwischen einer nationalistischen Ideologie und einer im Grunde äußerst vorsichtigen Außenpolitik bewegen wie der italienische? Wir glauben es nicht.

Die akut gewordene Kriegsgefahr zwingt zum ersten Male die Sozialisten aller Länder, ihr Augenmerk auf die strukturellen Unterschiede zwischen den verschiedenen Gestalten des Faschismus zu lenken. Eine theoretisch begründete, hinter die wechselnden Gesten und Manöver blickende Prognose für die internationale Politik ist ohne Einsicht in diese Unterschiede ganz unmöglich. Es ist unbestritten, daß der Faschismus heute eine internationale, ja eine weltweite Erscheinung ist. Die Meinung, er sei nur rückständigen Ländern eigen, widerlegt sein Sieg im Deutschen Reich. Daß er vor den alten Demokratien halt machen werde, ist jedenfalls unbewiesen; schon gibt es in einigen von ihnen starke faschistische Bewegungen. Die Ursachen dieser internationalen Entwicklung sind selbstverständlich selbst internationale. Wir haben diese Entwicklungstendenzen hier nicht zu untersuchen und wir wollen nichts Neues sagen, wenn wir auf die Lähmung der Demokratien durch das Gleichgewicht der Klassenkräfte, auf das Bedürfnis nach diktatorischer Zentralisierung in der Krise, auf das Zusammenwachsen der verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie im Monopolkapitalismus, auf den immer wilderen Kampf der großen Industrie-Nationen untereinander, auf den Rückschlag der kleinbürgerlichen Massen gegen die Enttäuschungen der vergangenen revolutionären Periode als auf treibende Kräfte hinweisen. Alle diese Antriebe zur faschistischen Entwicklung sind internationalen Charakters. Doch man darf nicht verkennen, daß neben diesen internationalen Zügen der Faschismus in jedem Lande spezifische nationale Probleme zu lösen hat, daß die jeweilig besondere Art dieser Probleme den Zeitpunkt des Aufkommens, das Tempo und die Methoden des Erfolges und schließlich die Art und die Grenzen seiner Herrschaft bestimmt. Der tiefe Unterschied zwischen der internationalen Politik des italienischen und des deutschen Faschismus stellt die Frage dieser nationalen Besonderheiten ganz dringend auf die Tagesordnung.

Der italienische Faschismus hat nach seinem Siege die Lösung von Aufgaben mitübernommen, die in den Ländern der alten Demokratien seinerzeit mit den Mitteln der bürgerlichen Revolution erledigt wurden. Vor dem Kriege war Italien in fast allen Beziehungen ein vorkapitalistisches Land. Die großartige Entwicklung des Geldkapitalismus im Renaissance-Zeitalter hatte längst wieder kleinbürgerlichen Lebensformen den Platz geräumt. Die Industrie nahm nur einen geringfügigen Teil der Bevölkerung und der Gesamtproduktion in Anspruch. Moderne Großbetriebe fehlten beinahe, die Maschinerie war rückständig, die Kapitalarmut würgend, die technische Qualifikation der Arbeiterschaft nur in wenigen Gebieten zulänglich. Die Landwirtschaft verharrte im Norden in der halbfeudalen Form der Halbpacht im Süden in der aus dem tiefsten Mittelalter stammenden Latifundienorganisation. Es fehlte an einem wirkungskräftigen zentralen Staatsapparat. Im Süden spotteten seiner sowohl die feudalen großen Grundherren als die städtische kleinbürgerliche Maffia. Im Norden konnte er die politischen Streiks und Insurrektionen der Arbeiterschaft ebensowenig beseitigen wie die halbrevolutionäre Bewegung der Pächter. Transport und Nachrichtenwesen verharrten in vorsintflutlichem Zustand, die Armee war die schlechteste unter allen Großstaaten.

In Rußland bemüht sich die bolschewistische Herrschaft um die Ueberwindung eines ähnlichen Zustandes. Das italienische Proletariat fand weder politische Methoden, noch sah es sich solchen Umständen gegenüber, daß es einen Erfolg ähnlich dem russischen hätte davontragen können. Die Aufgabe, mit despotischen Mitteln eine modern kapitalistische Gesellschaft treibhausmäßig zu züchten, fiel daher einer terroristischen Organisation bürgerlichen Charakters, eben dem Faschismus zu. Er ist weit entfernt davon, diese Aufgabe gelöst zu haben. Noch immer steht der italienische Kapitalismus auf äußerst schwachen Füßen. Aber gewisse Erfolge in dieser Richtung hat er ohne Zweifel erzielt. Er hat eine wirksame zentralistische Staatsgewalt geschaffen. Er hat sich und damit dem Staat alle Klassen untergeordnet. Er hat die Armee reorganisiert und zum Instrument seiner Außenpolitik gemacht, mit der die anderen rechnen müssen. Er hat das Transportwesen in Ordnung gebracht, die landwirtschaftliche Produktion mindestens in einigen Landstrichen erheblich gesteigert, die Elektrifizierung durchgeführt, in Automobil und Kunstseide zwei moderne Großindustrien geschaffen.

Selbstverständlich ist der italienische Faschismus nicht dasselbe wie eine bürgerliche Revolution. Er hat der kapitalistischen Klasse nicht die Staatsmacht übergeben, vielmehr einen dahinzielenden Versuch schnell wieder fallen lassen. Er hat die feudalen Verhältnisse auf dem Lande nicht wirklich beseitigt, sondern nur modernisiert. Er hat den Aufschwung des Individualismus mit all seinen kulturellen Folgen nicht nur nicht begünstigt, sondern erstickt. Der Kapitalismus, den er züchtete, ist bescheiden und unfest. Die bürgerliche Revolution ist auch nicht die raison d'etre des italienischen Faschismus. Während die Diktaturen in den bürgerlichen Revolutionen verschwanden, sobald sie ihre Aufgabe der Vernichtung des Feudalismus gelöst hatten, um der eigenen Herrschaft der bürgerlichen Klasse Platz zu machen, richtet sich der politische Kampf des Faschismus fast ausschließlich gegen Proletariat und Kleinbürgertum; er wird nicht weichen, ehe diese ihn gestürzt haben. Aber es ist eine gefährliche Illusion, den italienischen Faschismus nur als einen bösartigen Zufall zu betrachten und sich mit seiner moralischen Verurteilung zu begnügen. Sein wirkliches Entwicklungsgesetz ist untrennbar verknüpft mit den

Lebensbedingungen des von ihm hochgezüchteten Großkapitals. Ein Stück dieser Lebensbedingungen drückt sich eben in dem relativen Friedensbedürfnis des italienischen Faschismus aus.

Es bedurfte keines Krieges, um seiner Herrschaft eine tragfähige soziale Basis zu geben. Die von ihm herbeigeführte soziale Entwicklung hat die früher scharf gegensätzlichen Interessen aller Oberschichten Italiens untereinander und mit dem Regime untrennbar verkoppelt. Zu diesen Oberschichten gehören auch die Großbauern, ein Teil der Intellektuellen und der besser bezahlten Angestellten und Arbeiter. Diese Schichten sind in Italien noch immer sehr dünn, aber da sie einig sind und alle Kommandohöhen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft innehaben, können sie trotz Not und Haß der breiten Massen herrschen, solange nicht eine Katastrophe den Staat erschüttert. Eine solche Erschütterung würde aber ein Krieg für Italien nicht nur darum bedeuten, weil die Not wüchse, und die Massen Waffen in die Hände bekämen.

Das junge und schwache Großkapital Italiens könnte einen modernen Krieg nicht heil überstehen. Dies wird ganz anschaulich aus einem Vergleich der Wirkungen des vergangenen Krieges auf die deutsche und russische Wirtschaft. Im Deutschen Reich wurden durch den Krieg ungeheure Mengen von Produkten zerstört, aber Hand in Hand mit dieser Zerstörung von Verbrauchsgütern ging ein mächtiges Wachstum der Produktivkräfte, an deren Ueberfluß heute der deutsche Kapitalismus erstickt. In Rußland hingegen kam die Industrie zum Erliegen, der Krieg vernichtete nahezu die schwächlichen Ansätze des moderen Industriekapitalismus. Die Wirkung könnte heute in Italien keine andere sein. Der italienische Faschismus vermochte ohne Krieg eine soziale Evolution zu vollziehen, die wichtige gesellschaftliche Kräfte an ihn bindet, die der stärkste Garant der Stabilität seiner Herrschaft ist; eben diese soziale Evolution würde nach aller Voraussicht ein moderner Krieg rückgängig machen und so den Faschismus in den Zerfall des italienischen Kapitalismus mitreißen.

Der deutsche Faschismus hat keine soziale Evolution zu vollziehen. Ungelöste Probleme der bürgerlichen Revolution gibt es zwar auch hier. Doch das wichtigste von ihnen, die Brechung der Macht des Junkertums, kann Hitler nicht einmal in Angriff nehmen. Die endgültige Beseitigung der staatlichen Zersplitterung wird infolgedessen zu einer bloßen Verwaltungsreform, die an den Machtverhältnissen nichts ändert. Es ist bezeichnend, wie wenig Lorbeeren der reklamebegeisterte Nationalsozialismus sich aus der Gleichschaltung der Länder gewunden hat. Und welche fortschrittlichen Aufgaben sollten sonst vor dem deutschen Faschismus liegen? Der Staat ist aus der Lähmung durch das Gleichgewicht der Klassenkräfte befreit. Aber was soll er mit dieser Bewegungsfreiheit beginnen? Soll er die industrielle Entwicklung künstlich fördern? Deutschland verfügt über die modernst ausgerüstete Industrie Europas. Soll er eine moderne Verwaltung schaffen? Diese Aufgabe hat ihm Bismarck vorweggenommen. Soll er den Geist militärischer Strammheit züchten? Er bemüht sich, es als Notwendigkeit hinzustellen. In Wahrheit steht die Nation darin allen anderen voran. Soll er die Arbeitsdisziplin heben? Die Produktivität des deutschen Arbeiters steht nur der des amerikanischen nach.

Der Faschismus vermochte die Existenzkrise der italienischen kapitalistischen Gesellschaft für eine Zeit zu überwinden, indem er sie auf eine höhere Stufe hob. Dergleichen hat der deutsche Faschismus nicht vor sich. Absatzkrise, Mangel an Geldkapital, Landhunger, alle Probleme des deutschen Kapitalismus versagen sich — im Rahmen des kapitalistischen Systems — einer

innerpolitischen Lösung; sie drängen zu einer Lösung in der Arena der Weltpolitik. Ohne eine solche wäre der deutsche Kapitalismus auch für eine etwa kommende neue Weltkonjunktur nur ein Stiefkind. Nur ein siegreicher Krieg, die Vernichtung von Konkurrenten, die gewaltsame Oeffnung fremder Märkte, die Eroberung von Siedlungsland auf Kosten fremdnationaler Bauern könnte den deutschen Kapitalismus aus der Zwickmühle befreien. Nur durch ihn könnte der Faschismus die Versprechungen einlösen, mit denen er die Massen betrog.

Innerpolitische Motive treiben Hitler zu einem kriegerischen Abenteuer, ob er will oder nicht. Innerpolitische Motive bestimmen den Rhythmus seiner außenpolitischen Aktion. Der deutsche Faschismus hat den Massen nichts zu geben; er hält sie darum im Taumel. Der italienische Faschismus erstrebte nach seinem Sieg die Entpolitisierung und Normalisierung des Alltags. Der deutsche Faschismus bemüht sich mit aller Kraft, die apathischen und heute im großen Umfange unpolitischen Massen mit immer neuen Mitteln zur Siedehitze zu bringen, denn er weiß genau, daß dem Regime in dem Maße der soziale Halt verloren geht, als der Taumel schwindet. Man kann Menschenmassen, sei auch die Not noch so groß, nicht dauernd im Zustande eines Wutausbruchs halten. Eben darum aber bemüht sich mit sinkendem Erfolg die Goebbels-Propaganda. Das bedeutet: Je länger der Krieg ausbleibt, desto schlechter werden die innerpolitischen Kriegschancen des deutschen Faschismus. Heute kann das Rüstungsfieber, morgen vielleicht der wirkliche Krieg noch die große Mehrheit der Nation um Hitler gruppieren. In einigen Jahren wird der Krieg für breite Massen schon nur mehr die ersehnte Gelegenheit sein, sich von einer verhaßten Herrschaft zu befreien, und für einen anderen Teil der Massen, vielleicht nach einem kurzen nationalistischen Taumel, nichts anderes als eine unerträgliche und sinnlose Qual.

Diesen Tatbestand kennt die nationalsozialistische Führung ganz genau und das Wissen um ihn peitscht sie vorwärts. Wir unterstreichen dieses Motiv als das entscheidende mit aller Kraft. Da die außenpolitische Aktion des Nationalsozialismus ganz überwiegend innerpolitisch bestimmt wird, ist es weitaus stärker, als das meist in den Vordergrund gestellte entgegengesetzte technische: Die Verzögerung des Krieges erlaube Deutschland seine Rüstungen zu vervollständigen.

Aber freilich bewegt sich der deutsche Faschismus mit diesem seinem Drang zum Kriege in einem unlösbaren Zirkel. Die innerpolitischen Triebkräfte treiben gerade in einer solchen Richtung, daß die realen Möglichkeiten eines kriegerischen Erfolges fast gänzlich verschüttet werden. Deutschland ist ein besiegtes Land. Nur in kluger Anpassung an die Außenpolitik anderer Mächte, die über volle Aktionskraft auf der Arena der Weltpolitik verfügen, konnte es sich wieder aufrichten und kein anderer Weg verspricht der deutschen Bourgeoisie für die Zukunft Erfolg. Brüning hatte das Recht zur Aufrüstung schon fast errungen, eben weil jedermann an den Friedenswillen der deutschen Demokratie glaubte und das deutsche Heer in diesem Zusammenhang als ein Gewicht mehr im Sinne der englischen Politik des internationalen Gleichgewichts erschien. Die englische Bourgeoisie in all ihren Fraktionen will keinen Krieg. Sie wandte sich in dem Augenblick gegen Hitler, als sie den Ernst der nationalsozialistischen Kriegswünsche erkannte. Ueberdies empfinden die englischen Staatsführer die Methoden des Nationalsozialismus als Gefährdung der seit Jahrhunderten erprobten Formen der englischen

Klassenherrschaft. Eben durch sein Drängen nach schnellem Kriege verscherzte sich Hitler die einzige Chance erfolgreicher Außenpolitik: Das englische Bündnis. Dies wirkte sogleich auf Italien zurück. Mussolini kann nicht daran denken, um der innerpolitischen Bedürfnisse Hitlers willen die Stabilität seiner Herrschaft zu gefährden, noch weniger, den Eckstein seiner Außenpolitik, die englische Freundschaft, um Hitlers willen aus seiner politischen Konzeption herauszubrechen. Dem Konflikt mit England folgte der mit Italien; der Kampf um Oesterreich ist nur ein Stück davon. Deutschlands Drang nach Krieg zerbricht die Einheitsfront der faschistischen Mächte, die, wäre sie stabil, ganz Kontinentaleuropa das Gesetz diktieren könnte.

Der deutsche Faschismus, so in die Enge getrieben, schlägt wie rasend um sich; er will auf keinen Fall den Anschluß an den nächsten großen internationalen Konflikt versäumen, er will unter allen Umständen fertig sein, falls die ostasiatische Frage zu kriegerischer Entscheidung kommt. Er blufft. Er tritt aus dem Völkerbund aus, versichert am nächsten Tag der ganzen Welt seinen Friedenswillen, will die Welt gleichzeitig durch Bruch des Versailler Vertrags erschrecken und durch seine scheinbare Einhaltung versöhnen. Real stößt er immer an dieselben Schranken. Ueberschreiten seine geheimen Rüstungen ein gewisses Maß, so beschwört er den Sieg der Rechten in Frankreich und den Präventivkrieg herauf. Bluffs können ihm nicht Festungen, Tanks und schwere Artillerie beschaffen. Verzichtet er auf diese unentbehrlichen Waffen, dann hat er sich alle zum Feind gemacht, ohne kriegsfähig zu sein.

Wehe der Regierung, die die Weltinteressen der herrschenden Klasse ihres Landes nicht so zur Geltung bringen kann, wie es die jeweilige internationale Konstellation erfordert, die von inneren Kräften zu außenpolitischen Handlungen getrieben wird, die nicht dem inneren Gesetz der internationalen Politik entspringen! Napoleon III. hat sein Popularitätsbedürfnis mit Sedan, die deutsche Junkerklasse hat die U-Boothetze der Vaterlandspartei mit dem Eintritt Amerikas in den Krieg, mit Versailles bezahlt. Sehr große Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die hitlersche Außenpolitik eine Neuauflage der wilhelminischen sein wird. Der deutsche Faschismus steht vor der Alternative, entweder in einer erträglichen außenpolitischen Konstellation, aber als untergeordnete Hilfskraft, schlecht gerüstet und nach seinen innerpolitischen Existenzbedingungen zu spät — oder aber schnell und gerüstet, dann aber wie im vergangenen Kriege in schlechtester außenpolitischer Konstellation in den Krieg einzutreten. Wahrscheinlich wird er versuchen, zwischen Scylla und Charybdis zu manövrieren, wird sich in vergeblichen Versuchen abmühen, wilde Agressivität mit einer erfolgversprechenden Bündnispolitik zu verknüpfen und irgend einmal, von seinen Widersprüchen gewürgt, in das kriegerische Abenteuer hineintaumeln. Die Zukunftslosigkeit des deutschen Faschismus im Inlande bedingt die Ausweglosigkeit seiner internationalen Politik. Nur ganz unerwartete Veränderungen der internationalen Konstellation könnten, fast einem Wunder gleich, dem deutschen Faschismus unverdiente Chancen geben.

Wir meinen nicht, daß diese Entwicklung schnell ablaufen muß. Wir glauben vielmehr gezeigt zu haben, daß ihr Ablauf in seinen Einzelheiten gänzlich unberechenbar ist, wie das wilde Umsichschlagen des deutschen Faschismus überhaupt. Durch rein innerpolitische Kräfte kann er gewiß nicht in kurzer Frist gestürzt werden. Um so weniger Interesse haben die Sozialisten aller Länder an schneller, kriegerischer Lösung. I h r e Politik muß nach wie vor bleiben: den Frieden so lange als möglich erhalten. Denn für sie dürfen nicht

die Fragen der technischen Rüstung letzten Endes entscheiden. Hoffnung auf Krieg gegen den deutschen Faschismus ist nur dann nicht frevelhaft, wenn sie Hoffnung auf die deutsche Revolution ist. Der Krieg kann sie erst entfesseln, wenn ihre Kräfte im Innern gereift sind.

Die Internationale und die Krise des französischen Sozialismus

Von Emile Vandervelde.

Die Niederlage der deutschen Sozialdemokratie mußte notwendig nach verschiedenen Richtungen hin ihre Rückwirkungen auf den Geist und auf die Aktion der übrigen Sektionen der Internationale ausüben.

So hatte sie zum Beispiel in Oesterreich das Resultat, daß die Sozialdemokraten, die bisher die entschlossensten Anhänger des Anschlusses an das republikanische Deutschland gewesen sind, sich heute in die hartnäckigsten Gegner der Aufnahme in das rassistische Deutschland verwandelt haben.

In England haben die Ausschreitungen des Hitlerismus sowohl die Gewerkschaften wie die Labour Party veranlaßt, sich viel intensiver mit den kontinentalen Problemen zu befassen.

In allen kleinen Staaten im Norden und Westen Europas, in der Schweiz wie in Schweden, in Belgien wie in Holland, konstatiert man neben dem mehr oder minder starken Anwachsen des Sozialismus eine viel entschiedenere Entschlossenheit, die Demokratie und die politischen Freiheiten gegen den Faschismus zu verteidigen.

Andererseits hat sich in Frankreich unzweifelhaft zunächst in gewissen sozialistischen Kreisen die Tendenz zur Rückkehr zu dem gezeigt, was man zur Zeit der Regierung Waldeck-Rousseau, Millerand den „franösischen reformistischen Sozialismus" genannt hat.

Man stellte in diesen Kreisen den Zusammenbruch der Internationale fest und verlangte eine Politik der Annäherung an die Radikalen auf dem „Boden der Nation". So hat vor der Konferenz der Internationale zu Paris der Abgeordnete Ramadier verkündet, sie würde „eine Konferenz von Gespenstern"; in der „Vie Socialiste" Renaudels schrieb Marcel Déat, daß man „zwei gleichzeitige Zusammenbrüche" miterlebe, den der internationalen kapitalistischen Wirtschaft und den der internationalen sozialistischen Organisationen. Allerdings fügte er hinzu, brauchten diese Zusammenbrüche, die eine „Sammlung auf natioalem Boden rechtfertigten", noch keine endgültigen zu sein. Es könnte wieder eine Zeit kommen, in der man von neuem an den Aufbau internationaler Organisationen gehen könnte. Inzwischen aber, — ich wiederhole Déats eigene Worte — wäre die Betonung des proletarischen und internationalen Charakters des Sozialismus gleichbedeutend mit „dem Bruch mit den Mittelklassen, mit der Demokratie und mit der Nation". Das aber müsse um jeden Preis verhindert werden.

Wenn man von den Personalfragen absieht, sowie von den Meinungsverschiedenheiten über die unmittelbare politische Taktik, über die Strenge, mit der die Mehrheit der S. F. I. O. sich an die Formeln des Amsterdamer Beschlusses über die Teilnahme an der Regierung und über die obligatorische

Ablehnung des Budgets hält, jenes Beschlusses, dem die Internationale bei ihrer Neubegründung in Hamburg nur noch historisches Interesse zuschrieb, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten unserer französischen Genossen in dem Unterschied ihrer Einstellung in der Frage des „Rückzugs auf nationalem Boden" wurzeln.

Habe ich mich einer Illusion hingegeben, wenn ich dachte, daß selbst bei jenen, die sich mit Déat gegen die „Betonung des internationalen Charakters des Sozialismus" auflehnen, sich seit der Konferenz der Internationale im August ein gewisser Umschwung vollzogen hat?

Auf der Konferenz waren die hervorragendsten Vertreter der Richtung anwesend, welche die bürgerliche Presse in ihrer enormen Unwissenheit über alles, was den Sozialismus betrifft, die Neosozialistische nennt. Sie haben auf der Konferenz verschiedentlich das Wort ergriffen. Sie erhielten die Zustimmung eines ansehnlichen Teils der Versammlung, vor allem der englischen, holländischen und skandinavischen Delegierten. Sie konnten sich, vielleicht besser als vorher, davon überzeugen, daß in Deutschland Millionen Arbeiter trotz des eisernen Stiefels der Nazis der sozialistischen Idee treu geblieben waren. Sie konnten ferner durch die Berührung mit den Delegierten der übrigen Länder feststellen, daß trotz der großen Lücke, welche der Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie hinterlassen hat, eine Internationale, in deren Reihen die englischen Sozialisten stehen, die sich seit ihrer Niederlage im Jahre 1931 in dauerndem Aufschwung befinden, die spanischen Sozialisten, die seit der Revolution die stärkste Partei in den Cortes geworden sind und es auch nach der nächsten Wahl noch bleiben dürften, die Sozialisten West- und Nordeuropas, Oesterreichs und der Tschechoslowakei, die in der äußersten Kampffront stehend zur Abwehr des Faschismus entschlossen sind, daß also eine solche Internationale auch heute noch ein politischer Faktor erster Ordnung in Europa geblieben ist. Sie hatten schließlich Gelegenheit, die Stimmung der Internationale kennen zu lernen und das große Gewicht, das die ausländischen Sozialisten auf die Erhaltung der Einheit des französischen Sozialismus legen.

Gewiß sind unmittelbar nach der Konferenz in der S. F. O. peinliche Zwischenfälle vorgekommen, die sich seither stets verschärft haben. Trotzdem hoffen wir, daß sich die große Masse der französischen Genossen aus beiden Lagern nicht von zentrifugalen Kräften beherrschen lassen wird, die für die Sozialistische Partei Frankreichs wie für die ganze Internationale gleich gefährlich wären.

Die Wortführer des „Rückzug auf den nationalen Boden" mögen es mir nicht übel nehmen, wenn ich ihnen erkläre, daß die Partei, der sie angehören und der sie weiter anzugehören wünschen, die S. F. I. O. ist, das heißt die französische Sektion der sozialistischen Arbeiter-Internationale. Es kann natürlich, und zwar auf beiden Seiten, Männer geben, die leichten Herzens die Möglichkeit eines Bruchs ins Auge fassen, der, wenn er nicht auf einige Personen und Gruppen beschränkt bleibt, notwendigerweise die beiden Bruchstücke der Partei in den Bannkreis des bürgerlichen Radikalismus oder aber in den des Bolschewismus bringen müßte.

Aber ich hege die feste Ueberzeugung, daß die, die so denken, nur eine ganz kleine Minderheit bilden, und ich glaube nicht zu viel zu behaupten, wenn ich sage, daß in der Internationale, wo sich mehr oder weniger deutlich alle

Richtungen abzeichnen, die auch in der S. F. I. O. vertreten sind, nicht ein einziger Mensch existiert, der die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der französischen Gruppe als ausreichenden Grund für einen Bruch betrachtete.

Wir alten Genossen, die wir die Vorkriegsjahre erlebten, die den Streit zwischen Guesde und Jaurès mit ansahen und uns erinnern, mit welcher vorbildlichen Selbstverleugnung Jaurès, als er in Amsterdam in der Minderheit blieb, der Einheit des Sozialismus seine persönlichen Ansichten opferte, die wenn auch nicht Grundsätze, so doch sehr wichtige Fragen betrafen, wir Veteranen also würden es nicht verstehen, wenn Männer wie Renaudel, Léon Blum oder Paul Faure, die ein Vierteljahrhundert hindurch diese Einigkeit miterlebten, die nach der Konferenz von Tours sich gemeinsam um die Gründung der S. F. I. O. bemühten und die sich im Grunde genommen über die wesentlichen Fragen, wie die Verteidigung der Demokratie und des internationalen Charakters des Sozialismus einig sind, sich zu einer endgültigen Trennung entschlössen.

Ich weiß wohl, daß die S. F. I. O. gegenwärtig über Fragen der Taktik und der Disziplin zu entscheiden hat, deren Wichtigkeit ich keineswegs unterschätze. Als belgischer Sozialist, der in der parlamentarischen Aktion bloß eine Fortführung des Werkes der Arbeiterklasse zu sehen gewohnt ist, könnte ich mich nicht an die Seite der Parlamentarier stellen, mögen sie noch so zahlreich sein — und ich darf wohl sagen, daß die Internationale es auch nicht könnte —, die in ihrer Partei das Gesetz der Mejorität nicht anerkennen.

Ich muß allerdings offen zugeben, daß diese Probleme der Taktik und der Disziplin, die heute in Frankreich zur Diskussion stehen, keineswegs so einfach sind, wie es manche Leute gerne glauben machen möchten.

In der belgischen Arbeiterpartei oder der englischen Labour Party, wo die politische und die gewerkschaftliche Organisation eng verbunden sind, käme niemand auf den Gedanken, daß zwischen der Politik der parlamentarischen Gruppe und der Politik der Partei ein Gegensatz entstehen könne. Der Wille der organisierten Arbeiterklasse ist Gesetz. In Frankreich aber ist das bekanntlich anders, und zwar aus verschiedenen Gründen.

Zunächst sind in vielen Departements, mit Ausnahme der stark industriellen Wahlkreise im Departement du Nord, im Pas de Calais, in Saône et Loire, die sozialistischen Abgeordneten im zweiten Wahlgang nur mit den Stimmen der Radikalen gewählt; außerdem befinden sich unter den sozialistischen Wählern viele nichtproletarische, wie kleine Grundbesitzer und andere kleinbürgerliche Elemente in den Städten und auf dem Lande.

Vor allem aber bleibt die C. G. T. (Gewerkschaften) nur lose mit der Partei verbunden. Ihre meisten Angehörigen stimmen allerdings für die Sozialisten, aber sie selbst gehören der Partei nicht an. In der Partei selbst sind der Arbeiter außerordentlich wenige. In der Hauptsache dominieren die politischen, die intellektuellen Elemente. Das gibt den Verhandlungen der Kongresse einen rednerischen Glanz, der in diesem Maße vielleicht nirgends sonstwo existiert, aber das fast völlige Fehlen des Arbeiterelements in der Führung der S. F. I. O. ist dafür, was die Aktionskraft anbelangt, ein sehr ernster Nachteil. Das sozialistische Gebäude ist sehr prächtig, aber es scheint zuweilen zweifelhaft, ob es genügend fundiert ist.

Auf der letzten Tagung der S. F. I. O. hatten die Genossen des Departe-

ments der Seine ein Plakat angeschlagen, auf dem zu lesen stand: „Vermeiden wir die Formeln, die nur trennen, führen wir die Aktion, die uns eint.“ Sicherlich eine goldene Regel. Aber damit der Kampf des Sozialismus seinen höchsten Erfolg zeitige, genügt es nicht, daß man in der S. F. I. O. den intellektuellen Mut aufbringt, sich einmal von der Tyrannei gewisser Formeln freizumachen, die bereits dreißig Jahre alt sind (Amsterdam 1904) und überall anderwärts bereits zum alten Eisen gehören. Man muß vor allen Dingen auch die Trennungsmauern zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation niederreißen; es darf zwischen ihnen kein anderer Unterschied bestehen als eine einfache Arbeitsteilung; in dem Kampfe für den Sozialismus muß die Masse der Arbeiter eben durch das Gewicht ihrer Masse der Mittelpunkt und die Zusammenfassung aller antikapitalistischen Kräfte nicht nur des Proletariats, sondern auch der zur Hälfte oder mehr als zur Hälfte proletarisierten Zwischenschichten werden.

Ueber die Notwendigkeit dieser Annäherung, über die Notwendigkeit der organischen Verbindung zwischen den verschiedenen Formen der Aktion der Arbeiterklasse ist man sich übrigens in den beiden Internationalen, der gewerkschaftlichen wie der politischen, immer klarer geworden.

Sobald diese Annäherung erreicht ist, werden die gegenwärtigen Schwierigkeiten mit einem Schlage in den Hintergrund gedrängt werden. Das ist allerdings heute noch Zukunftsmusik.

Die Krise der S. F. I. O. besteht, und zwar in schärfster Form. Nicht erst morgen, sondern sofort, schon heute, muß man alles daransetzen, um sie mit dem möglichst geringsten Schaden zu lösen.

Dazu können, wie ich hier ausdrücklich betonen möchte, unsere deutschen Genossen viel beitragen.

Die Ereignisse in Deutschland, wie vorher die in Italien, haben in mancher Hinsicht Folgen gezeitigt, die an den Widerruf des Edikts von Nantes oder an die Vertreibung der Elite der Intellektuellen im XVI. Jahrhundert aus den spanischen Niederlanden erinnern.

Aus Deutschland und Italien sind Tausende von Wissenschaftlern, Künstlern, Technikern und auch Politikern von höchster Bedeutung über die Welt verstreut worden. Das bedeutet für die vom Faschismus und Rassismus verheerten Länder ein Ausbluten, dessen Ausmaß sie bald zu spüren bekommen werden. Für die Länder, die diese Verbannten aufnehmen, bedeuten sie einen wertvollen Zuwachs auf allen Gebieten der sozialen und geistigen Betätigung.

Wir wollen im Augenblick nur von den Politikern sprechen, von den sozialistischen Kämpfern Deutschlands und Italiens, die sich jetzt im Ausland befinden.

In Frankreich und Paris lebt eine große Anzahl von ihnen. Sie stehen in enger Verbindung, in persönlichem Kontakt mit ihren Kameraden der verschiedensten Richtungen.

Wer wäre berufener als sie, den Männern, die nebensächlichen Meinungsverschiedenheiten zu große Wichtigkeit beimessen, klar zu machen, wie lebenswichtig es für die unterdrückten Völker ist, daß in Frankreich eine starke sozialistische Partei besteht, die sich nicht durch eine Spaltung schwächen läßt und bleibt, was sie bisher war: der feste Kern des Nebelgebildes der demokratischen Parteien.

Die Krisis im französischen Sozialismus

Von Rudolf Breitscheid.

Sturz des Kabinetts Daladier, Spaltung der sozialistischen Kammerfraktion, Zusammenbruch der Illusion eines Kartells der Linken — das war das Ergebnis einer Nacht und einer Abstimmung im französischen Parlament.

Die Krise entstand, als die Mehrheit der sozialistischen Fraktion gegen den Artikel 37 des Finanzprogramms der Regierung stimmte, der eine Sonderbesteuerung der Beamten vorsah. Da die Rechte dem Kabinett ebenfalls ihre Unterstützung versagte, blieb es in der Minderheit und mußte demissionieren. Die Stimmen der Radikalsozialisten und der 28 Sozialisten, die dem Beschluß ihrer Gruppe zuwider mit Ja votierten, hatten nicht ausgereicht, um das Ministerium zu retten.

Ueberraschend war das Ereignis eigentlich nicht. Das sogenannte Kartell stand von jeher auf schwachen Füßen. Im Grunde existierte es gar nicht. In den Wahlen vom Mai 1932 hatte zwar die Bevölkerung ihrem Wunsch nach einer Linksregierung Ausdruck gegeben, aber im Parlament kam es zu keiner wirksamen Einigung zwischen Sozialisten und Radikalsozialisten. Der linke Flügel der einen und der rechte der anderen betrachteten sich gegenseitig mit Mißtrauen. Eine Koalitionsregierung wollte nicht zustande kommen, und gerade als sie bei der vorletzten Ministerkrise ihrer Verwirklichung am nächsten zu sein schien, lehnte Daladier ab. Von da an wurde die Verständigung von Fall zu Fall immer schwieriger. Die „Orthodoxen" in der Sozialistischen Partei wollten ihren eigenen Weg gehen, und ein Teil der in der radikal-sozialistischen Partei vereinigten bürgerlichen Demokraten machte aus ihren Sympathien für ein Zusammenarbeiten mit den gemäßigten Gruppen der Mitte, d. h. vor allem mit den Gefolgsleuten des früheren Finanzministers Flandin kein Hehl.

Nichtsdestoweniger gab die Mehrheit der sozialistischen Fraktion dem von Daladier vorgelegten Budget ihre Zustimmung. Der Parteitag vom Juli 1933 verurteilte unter Berufung auf Ueberlieferungen und Beschlüsse ihre Stellungnahme, aber eine Anzahl von Abgeordneten unter Führung von Renaudel, Marquet, Déat und Montagnon erkannten diese Entscheidung nicht an, und es war vorauszusehen, daß sie es zum offenen Konflikt treiben würden. Sie verteidigten ihre Haltung in der Presse und auf einer von ihrer Richtung einberufenen Versammlung zu Angoulème nicht nur mit dem Hinweis auf die Notwendigkeiten des „Kartells", sondern auch mit einer scharfen grundsätzlichen Kritik an der Theorie und an der Politik der Partei. Wie leider oft in solchen Fällen wurden die sachlichen Differenzen durch persönliche Gegensätze und Angriffe verschärft (gesündigt wurde hüben und drüben), und so war die Haltung derer, denen man den Namen der „Neusozialisten" gegeben hat, in er Nacht vom 23. zum 24. Oktober fast unvermeidlich geworden. Sie haben die Sondersteuer auf die Beamtengehälter von Hause aus ebenso wenig gebilligt, wie die, die mit Léon Blum und Vincent Auriol stimmten, aber sie wollten die Regierung am Leben erhalten, und außerdem war die Kluft zwischen ihnen und der anderen Tendenz bereits zu tief geworden.

Man mag nun den Sturz Daladiers mit Rücksicht auf das, was kommen kann, bedauern, man mag auch das Nichtzustandekommen einer Arbeitsgemeinschaft der Linken im Hinblick auf die möglichen Folgen für die innere und auswärtige Politik beklagen, aber das weitaus Schlimmste bleibt doch

der Bruch in der Sozialistischen Partei. Gewiß wird der Prozentsatz der Absplitterungen im Lande nicht dem der ausgeschlossenen Abgeordneten entsprechen, die Mitgliederzahl wird in der Tat kaum nennenswert zurückgehen. Trotzdem bedeutet die Spaltung einen schweren Schlag und einen großen Prestigeverlust für den französischen Sozialismus, zumal da die Stärke seiner parlamentarischen Vertretung in weit größerem Umfang, als es etwa in Deutschland der Fall war, von den Stimmen der „Sympathisierenden" abhängt. Und um auch das gleich von vornherein zu sagen: die Gefahr besteht, daß diese Spaltung, auch nach dem inzwischen erfolgten Ausscheiden der offen bolschewisierenden Elemente, nicht die letzte sein wird. Sowohl im Lager der Alten wie in dem der Neuen sind recht tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über taktische und sachliche Probleme vorhanden, und wir müssen uns immer wieder daran erinnern, daß der französische Individualismus der Parteidisziplin im Wege steht. Jedenfalls wird es auf beiden Seiten großer Anstrengungen bedürfen, um nach diesem ersten Bruch weitere Splitterungen zu verhüten.

Die Ausgeschlossenen wollen an die I n t e r n a t i o n a l e appellieren. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß die Internationale durch die französischen Vorgänge aufs ernstete in Mitleidenschaft gezogen ist. Ob sie aber, nachdem die Vermittlungsversuche ihres Präsidenten und ihres Generalsekretärs gescheitert sind, noch einen Ausgleich herbeiführen kann, ist mehr als zweifelhaft. Ihre Statuten bieten ihr nicht die Handhabe, einer Sektion ihren Willen aufzuzwingen, und außerdem werden in ihrem Schoß die Ansichten über den Konflikt und seine Gründe auseinandergehen. Doch, wie groß oder wie gering auch immer die Möglichkeiten ihrer Einflußnahme sind, ihre Mitglieder haben die Pflicht, sich mit dem, was in Frankreich geschieht, auseinanderzusetzen, da es sich hier um Dinge handelt, die jeden von uns angehen. Die Probleme, mit denen die französische Arbeiterschaft zu tun hat, sind von derselben Art wie die, denen das Proletariat der ganzen Welt ins Auge sehen muß.

*

Die Folgen der Wirtschaftskrise, soweit sie sich in der Ziffer der Arbeitslosen ausdrücken, sind in Frankreich weniger schwer als in anderen Ländern. Unterstützt werden noch nicht eine Viertelmillion Erwerbsloser. Aber die Industrie hat Grund zur Klage, und der gewerbliche Mittelstand sowohl wie die Bauern leiden. Vor allem leiden die staatlichen Finanzen. Im Budget ist ein — zugestandenes — Defizit von 6 Milliarden vorhanden. Es muß Deckung gesucht werden und gleichzeitig mit der Deckung ein Weg zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Der Kapitalismus verlangt „Deflation" des Budgets, d. h. Verringerung der öffentlichen Ausgaben, Verringerung der Gehälter, Verminderung der ohnehin geringen Soziallasten mit der Wirkung einer Herabsetzung der Steuern, namentlich der hier so besonders verhaßten Steuer auf das Einkommen. Die Arbeiterorganisationen fordern demgegenüber Erhöhung der Kaufkraft der Massen, keinen Abbau der Gehälter und Löhne, öffentliche Arbeiten und Vierzigstundenwoche, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, und selbstverständlich stellen sie als Ziel die Vergesellschaftung der Großindustrie auf. Der Kampf wird auf beiden Seiten mit wachsender Heftigkeit geführt. Man erkennt, daß hinter alledem die Entscheidung über die Wirtschaftsordnung und die Staatsgestaltung steht.

Die Finanzvorlage Daladiers war ein Kompromiß zwischen kapitali-

stischen und sozialistischen Ansprüchen, und sie befriedigte infolgedessen niemanden. Immerhin enthielt sie in manchen ihrer Teile nicht unbeachtliche Zugeständnisse an die Auffassung der Sozialisten. Aber unseren Freunden erschien vor allem der Beamtenparagraph unannehmbar, weil sich in ihm das Prinzip der budgetären Deflation Geltung verschaffte, und weil sie außerdem von der Herabsetzung der Beamtengehälter einen Druck auf die Arbeiterlöhne befürchteten. Sie wurden in ihrer ablehnenden Haltung durch die energische Opposition der Organisationen der meist linksstehenden Beamten und des Gewerkschaftsbundes bestärkt.

Die Geschichte wird einmal ihr Urteil darüber fällen, ob es richtig war, dieser Bedenken wegen das Kabinett zu Fall zu bringen. Die Bedenken waren zweifellos berechtigt und wohlbegründet, nur ist die große Frage die, ob der schwerwiegende Entschluß nicht nur dem Augenblick, sondern auch der Zukunft gerecht geworden ist, mit andern Worten, ob die sozialistische Partei stark genug sein wird, den Eventualitäten, die sich aus dem Rücktritt der Regierung ergeben können, zu begegnen.

Auf Daladier ist zunächst Sarraut gefolgt, der mit aller Vorsicht, aber doch deutlich genug erkennbar, Unterstützung bei den Gruppen der Mitte sucht. Seinem Kabinett, das in der Kammer mit großer Kühle aufgenommen wurde, gibt niemand eine lange Dauer. Man kündigt eine noch weiter nach rechts orientierte Regierung — vielleicht unter Herriot — an, man rechnet darüber hinaus mit dem Wiederauferstehen der Union Nationale nach Poincaréschem Muster. Das bedeutet Reaktion im Innern und Abwendung von einer Außenpolitik, die sich der Zustimmung der Sozialisten erfreuen konnte. Die Tatsache, daß schon Sarraut nur mit einiger Mühe von der Ausschiffung Paul-Boncours abgehalten wurde, ist bezeichnend.

Indessen besteht noch eine andere und größere Gefahr als die einer Regierung, die sich auf eine von den Radikalen bis zur äußersten Rechten reichende Mehrheit stützt. Es gibt in Frankreich keine irgendwie beachtenswerte faschistische Bewegung. Die Handvoll junger Leute, die unter dem Patronat und mit dem Geld des ehemaligen Botschafters Hennessy in einer Art Nationalsozialismus macht, spielt keine Rolle. Aber es ist eine Strömung vorhanden, die der nicht ganz unähnlich ist, die in Deutschland die Parole ausgab: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten!“ Sie will, wie das eben erst wieder Millerand in einem Vortrag des näheren ausgeführt hat, die Verfassung zugunsten einer Stärkung der Exekutive abändern. Der Präsident der Republik soll das Recht erhalten, die Kammer aufzulösen. Das wäre ein verhängnisvoller Anfang, um so verhängnisvoller, als sich auf der Rechten auch Stimmen erheben, die das „Regime“ verurteilen, so wie die deutschen Nazis seinerzeit das „System“ verdammten, und die sich der Schlagworte „Ordnung“ und „Autorität“ für den im Interesse des Kapitalismus geführten Kampf gegen die parlamentarische Demokratie bedienen. Diese einstweilen noch verhältnismäßig schwache Bewegung kann besonders dann leicht an Boden gewinnen, wenn unsichere Mehrheitsverhältnisse zu einer Kette von Regierungskrisen führen. Frankreich ist gegen die antidemokratischen Tendenzen, die sich in der Welt ausbreiten, dank seiner revolutionären Tendenzen sicher mehr gefeit als es beispielsweise Deutschland war, aber vergessen wir nicht, daß es auch seine beiden Napoleons gehabt hat.

So stand also die sozialistische Fraktion vor der uns so vertrauten Frage, ob der Weg zu einer Aenderung des Regimes zu verbauen sei durch die Tole-

rierung eines bürgerlichen Kabinetts, oder ob um diesen Zweck zu erreichen, die Partei sich von allen Bindungen loslösen müsse. Wir dürfen annehmen, daß sie sich ihrer vollen Verantwortung bewußt gewesen ist, und daß sie in der Ueberzeugung gehandelt hat, das Interesse der Arbeiterklasse nur durch die Bewahrung ihrer absoluten politischen Selbständigkeit wahren zu können. Ob sie richtig gehandelt hat, ob die Partei, um mit dem Generalsekretär Paul Faure zu reden, jetzt ihre Kandidatur für die Uebernahme der ganzen Macht aufstellen kann, wird, wie gesagt, die Zukunft lehren, und nur dann hätten wir schon heute die stärksten Besorgnisse zu hegen, wenn die Entscheidung einzig und allein im Hinblick auf den Artikel 37 ohne Rücksicht auf grundsätzliche Erwägungen erfolgt wäre.

Aber wie dem auch immer sei, auf keinen Fall läßt sich das Verhalten Renaudels und seiner Freunde rechtfertigen. Sie durften nicht gegen die Mehrheit der Fraktion und für die Regierung stimmen. Sie durften in der Kammer keine eigene Erklärung abgeben. Renaudel und Marquet mußten es ablehnen, sich in den Tagen der Bildung der neuen Regierung als Vertreter einer besonderen Gruppe von Sarraut empfangen zu lassen. Sie hatten sich der Mehrheit der Fraktion, deren Wille, wie sie überdies wußten, sich mit dem der Mehrheit der Partei deckte, zu fügen. Wie sie auch immer den Beschluß beurteilen mochten: Disziplin und Einheit waren vornehmstes Gebot der Stunde.

*

Freilich — ich sagte es schon — war die Einigkeit bereits seit längerer Zeit zur Fiktion geworden, und mindestens ein Teil von denen, die sich jetzt gezwungen oder freiwillig von der Partei trennen, waren innerlich nicht mehr mit ihr verbunden. Sehen wir von allem, vielfach recht peinlichen Beiwerk ab, so lagen die Wurzeln des Streites eben in der Frage, ob die politische Einstellung der Partei den Bedürfnissen des Kampfes um die Macht in der Zeit aufkeimender faschistischer oder dem Faschismus verwandter Bestrebungen noch entspreche. Mit der einfachen Formel Revolutionarismus oder Reformismus ist für die Beurteilung der Spaltung nicht viel anzufangen, hier so wenig wie bei ähnlichen Auseinandersetzungen in andern Ländern. Auch die Frage, ob Regierungsbeteiligung, resp. Tolerierung oder nicht, spielt eine untergeordnete Rolle. Eine größere höchstens bei Renaudel, der überhaupt nicht ganz auf der Linie seiner engeren Kampfgenossen marschiert und mit ihnen in der Hauptsache nur durch die kameradschaftliche Solidarität und eine Schicksalsgemeinschaft verbunden ist.

Welches sind aber dann die Ideen der eigentlichen Träger und Verkünder des „Neusozialismus", der Déat, Marquet und Montagnon? Am besten unterrichten wir uns über sie aus den Reden, die sie auf dem letzten Parteitag gehalten haben, und die kürzlich in Buchform erschienen sind.

Der Ausgangspunkt ist der: Wir stehen in einer Krise, die auch den internationalen Sozialismus erfaßt hat. Es ist eine Krise der alten Formeln und der alten Ideen, eine Krise des Ueberganges. Die „Orthodoxen", von Blum geführt, operieren mit Gedanken, die nicht mehr in die Zeit passen. Sie warten fatalistisch auf den Zusammenbruch des Kapitalismus, um dann als Nachfolger die Macht zu ergreifen. Aktivität tut not. Die Jugend ist von Ungeduld erfaßt, sie will ein praktisches, unmittelbar zu erreichendes Ziel sehen. An die Revolution im alten Wortsinn wird von niemandem mehr geglaubt, es müssen also neue Wege der Politik sowohl wie der Propaganda eingeschlagen werden.

Der Faschismus steht vor der Tür, und die größte Bedrohung liegt darin,

daß er sich sozialistische Forderungen und Formulierungen zu eigen macht. „Das Drama besteht darin, daß wir glaubten, es gebe nur eine Straße zum Sozialismus, und heute erkennen wir, daß unsere Straße nicht die einzige ist daß es eine andere geben kann, nämlich die faschistische." (Montagnon). Die Partei darf der Entwicklung der Dinge nicht untätig zusehen. Sie muß irgendwie positiv in sie eingreifen. Die Arbeiterklasse fühlt den Augenblick gekommen, in dem sie sich die Kräfte der Regierung dienstbar macht, aber sie ist allein zu schwach, deshalb muß der Mittelstand gewonnen werden. Der Versuch eine Einigung mit den Kommunisten herbeizuführen, stößt die Mittelschichten ab. Wenn sie zwischen der faschistischen und der bolschewistischen Diktatur zu entscheiden haben, wählen sie jene. Außerdem erschreckt sie der Internationalismus. „Wenn die Partei", so ruft Déat aus, „sich von den zügellosen Anhängern der proletarischen Einigung beeinflussen ließe, würde sie sich von den Mittelklassen, von der Demokratie und schließlich von der Nation trennen", und Déat findet nebenbei bemerkt die Ursache der Niederlage der deutschen Sozialdemokratie gerade in diesen Fehlern.

Das ist in großen Zügen das Programm der Neuen, so weit es sich aus den bisherigen Auseinandersetzungen ergibt. Das beste und sympathischste an ihm ist sein Aktivismus, ist die Erkenntnis, daß eine neue Situation neue Energien erfordert. Aber leider gewinnen wir kein klares Bild von dem, was nun eigentlich geschehen soll. So sehr man den Kampf gegen alte Formeln begrüßen kann, so sehr muß doch darauf hingewiesen werden, daß gerade in der französischen Partei Formeln keine große Bedeutung besitzen. Es mag hier wie überall Leute geben, die in falscher Auslegung des Marxismus eine automatische Ueberwindung des Kapitalismus durch eine neue Wirtschaftsordnung erwarten. Aber gegen diese Auffassung bildet das revolutionäre Temperament der Franzosen ein gutes Gegengewicht, und wenn tatsächlich eine gewisse Lethargie Platz gegriffen haben sollte, so müssen doch die Vorschläge, die die Dissidenten zu ihrer Ueberwindung machen, starke Bedenken erregen.

Man wehrt den Faschismus nicht ab, wenn man sich sozusagen in seine Bewegung einschalten und einen Teil seiner Methoden übernehmen will. Noch weniger, wenn man mit Montagnon in ihm den andern Weg zum Sozialismus sieht. Man rekrutiert aus den Mittelklassen keine Kämpfer für den Sozialismus, wenn man die Forderungen des Proletariats den wirtschaftlich und sozial reaktionären Ansprüchen des Kleinbürgertums anpaßt oder gar unterordnet. Ordnung und Autorität sind an sich Schlagworte ohne Inhalt. Sie werden von den Gegnern der Arbeiterbewegung in anderm Sinne benutzt als von uns, und de Brouckère hatte recht, wenn er vor kurzem schrieb, daß im Namen dieser Begriffe im Lauf der Geschichte das meiste Blut vergossen worden sei.

Und schließlich die Nation! Es ist sicher richtig, daß der Nationalismus in den Jahren seit dem Krieg außerordentlich erstarkt ist, aber es wäre verhängnisvoll, wenn Sozialisten dieser Entwicklung positiv Rechnung tragen wollten. In keinem Lande haben wir jemals aufgehört, die Interessen des eigenen Volkes zu vertreten. Doch wir waren und sind in der Tat der Meinung, daß es nicht zuletzt für das Proletariat eine Gemeinschaft gibt, die sich über die Staatsgrenzen ausdehnt, und daß ökonomische Autarkie so gut wie politische Abschließung weder dem menschlichen Fortschritt noch der Erhaltung des Friedens dienen. Gäben wir unsern Internationalismus auf, so gäben wir uns selbst auf.

Und wie soll sich, so dürfen wir fragen, die stärkere Betonung des Nationalen in der französischen Politik auswirken? Sollen etwa Zugeständnisse an diejenigen Kreise gemacht werden, die mit der bisherigen Völkerbundspolitik brechen wollen und sich nur darüber nicht ganz einig sind, ob man Gewaltmaßregeln gegen Deutschland ergreifen oder, um selbst freie Hand auf dem Rüstungsgebiete zu erhalten, Hitler in direkten Verhandlungen Zugeständnisse machen soll? Wir nehmen ohne weiteres an, daß derartige Gedanken den Männern um Renaudel fernliegen. Aber um so mehr sollten sie sich vor Parolen hüten, die einer gefährlichen Auslegung fähig sind.

Der Weg, den die neue Gruppe beschreiten will, ist unter diesen Umständen noch recht unklar. Sie hat sich durch ihr kritisches Bedürfnis, dessen Berechtigung keineswegs in vollem Umfang abgestritten werden soll, zu einem Schritt bestimmen lassen, der in einer Stunde, die der Einigkeit doppelt bedarf, zur Zwietracht führt. Sie hat begründeten und unbegründeten Verstimmungen nachgebend, die notwendige Parteidisziplin mißachtet und sich so mit einer schweren Verantwortung belastet. Wie die Dinge weiter laufen werden, ist abzuwarten. Aber es ist nicht anzunehmen, daß der Neusozialismus im Lande eine größere Anhängerschaft um sich scharen wird. Hier und da hegt man die Hoffnung, daß sich, wenn die Entwicklung zu einer Regierung der Nationalen Union fortschreitet, der linke Flügel der Radikalen abspalten werde, um sich, eventuell zusammen mit gewissen kleinen Fraktionen, die ihr Leben zwische der Linken und der Mitte fristen, mit den sozialistischen Sezessionisten zu vereinigen. Aber die Frage ist, ob diese neue Partei dann noch als sozialistisch angesprochen werden könnte. Weit mehr wäre zu wünschen, daß die Umlegung des politischen Steuers nach rechts eine neue Linke ins Leben riefe, an deren Kampf gegen die Reaktion sich die wieder geeinigte Sozialistische Partei ohne Aufgeben ihrer Grundsätze aktiv und führend beteiligen würde. Hier ist Léon Blum sowohl wie Renaudel, dessen sozialistische Gesinnung von niemandem in Zweifel gezogen werden kann, eine Aufgabe gestellt.

Der Parteitag der britischen Arbeiterpartei

Von Hugh Dalton-London.

Die Labour-Party hat jüngst in Hastings ihren jährlichen Parteitag abgehalten und es dürfte meine deutschen Genossen vielleicht interessieren, etwas über Art und Geist seiner Verhandlungen zu erfahren.

Bei dem britischen Wahlsystem, das auf einem einzigen Wahlgang beruht, bei dem die relative Stimmenmehrheit in Einmänner-Wahlkreisen entscheidet, ist die Teilung in zwei große Gruppen, von denen jede nach der Majorität im Parlament strebt, die natürliche Bedingung des politischen Lebens. Weder die Kommunisten, noch die Faschisten besitzen einen Vertreter im Unterhause, und bei der kürzlichen Nachwahl in Hay Cross, bei der Arthur Henderson einen überwältigenden Sieg errang, kam der kommunistische Kandidat an letzter Stelle, denn auf ihn entfiel nicht einmal der achte Teil der abgegebenen Stimmen.

Seit ihrer Wahlniederlage im Jahre 1931 hat unsere Partei eine stetige und ständige Erholung zu verzeichnen, während die Stimmen der Regierungskandidaten merklich zurückgehen. Die Welle trägt uns und sie steigt immer weiter. Wenn wir aber bei der nächsten Wahl einen vollen Sieg erringen

wollen, dann müssen wir unseren Wählern ein konstruktives sozialistisches Programm vorlegen können. Aus diesem Grunde hat der Parteitag in Hastings die Erörterungen über praktische Maßnahmen zur Verwirklichung der Sozialisierung fortgesetzt, die wir auf der vorjährigen Tagung in Leicester begonnen haben. Einen wichtigen Raum nahmen dabei die Vorschläge über eine Kontrolle der langfristigen Kapitalanlagen durch eine Reichsbehörde, dem National Investment Board, und über die Zusammenlegung der Depositenbanken zu einer einheitlichen, öffentlich geleiteten und im öffentlichen Besitz befindlichen Bank ein. Diese Vorschläge wurden in Hastings nach einer interessanten Debatte angenommen. Sie folgen den Beschlüssen des vorjährigen Parteitages, die eine Sozialisierung der Bank von England vorsehen und für eine Geldpolitik eintreten, die in erster Linie auf die Stabilisierung des britischen Preisniveaus abzielt und jede Rückkehr zur Goldwährung ablehnt.

Der Parteitag in Hastings stimmte ferner dem Programm eines planmäßigen Ausbaues unserer nationalen Produktionskräfte zu, vor allem der Sozialisierung gewisser Industrien, die auch eine Verminderung der Arbeitslosigkeit bewirken sollte. Sozialisierung und Produktionsentwicklung müssen Hand in Hand gehen. Es wurde ferner beschlossen, den obligatorischen Schulbesuch bis zum sechzehnten Lebensjahr auszudehnen.

Ein wichtiger Beratungsgegenstand war die Frage der Bildung und der Arbeitsweise künftiger Arbeiterregierungen — vor allem im Hinblick darauf, wie sich der unter der letzten Labour-Regierung beobachteten Erscheinung vorbeugen ließe, daß sich der Ministerpräsident innerhalb des Kabinetts und das Kabinett innerhalb der Partei eine weitgehende Diktatur anmaßt; auch sollte Sorge dafür getragen werden, die ständige Fühlung zwischen der Regierung und den Gewerkschaften und deren Vertretern aufrecht zu erhalten.

Die bisher erwähnten Fragen betreffen alle das Gebiet der inneren Politik, aber auch die Außenpolitik ist auf dem Parteitag nicht zu kurz gekommen. Die Drohung des Krieges und des Faschismus hat die Delegierten stark beschäftigt und zu energischen Resolutionen gegen diese beiden furchtbaren Gefahren veranlaßt. Die Exekutive der Partei wurde beauftragt, mit den Gewerkschaften und Genossenschaften in Verbindung zu treten, um mit ihnen gemeinsam Pläne auszuarbeiten, auch den Plan eines Generalstreiks, um jedem Versuch der britischen Regierung, im Widerspruch zu den Verträgen einen Krieg zu beginnen, erfolgreichen Widerstand leisten zu können. Ferner wurden Vorschläge über wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen gegen den Angreifer-Staat vorgelegt, die ebenfalls die Zustimmung des Parteitags fanden. Arthur Henderson hielt eine glänzende, mit großem Beifall aufgenommene Rede über Frieden und Abrüstung; er kehrt jetzt mit der starken Unterstützung und Billigung unserer Partei zu seiner Arbeit als Präsident der Abrüstungskonferenz nach Genf zurück. Keiner von uns unterschätzt die Schwierigkeiten seiner Aufgabe, aber wir geben die Hoffnung auf einen zum mindesten teilweisen Erfolg nicht auf, es sei denn, daß die ganze Konferenz gesprengt würde. Es wäre durchaus möglich, daß sich die Hitler-Regierung in ihrer hysterischen Arroganz und ihrer Unempfindlichkeit gegen die Meinung der Welt zu einem solchen Schritt hinreißen ließe. In diesem Falle würde die Welt wissen, wen die Verantwortung trifft und sich einer neuen, ganz klaren Situation gegenüber sehen. Internationale Kontrolle und Beaufsichtigung der Rüstungen jedes Landes bilden einen wesentlichen

Teil jedes Abrüstungsvertrages. Lehnt die Hitlerregierung eine solche Kontrolle ab, so werden wir unsere Schlüsse daraus ziehen. Hitler-Deutschland wird sich dann selbst isoliert haben*)

Der Parteitag gab weiter seiner warmen Sympathie für die Opfer des deutschen Faschismus Ausdruck. Er leitete sofort eine Geldsammlung für den Matteotti-Fonds ein und sprach sich für den Genfer Vorschlag über die Einsetzung einer besonderen, einem Oberkommissar unterstehenden Kommission für die Frage der deutschen Flüchtlinge aus. Auch in bezug auf die kritische Lage in Oesterreich wurde eine scharfe Resolution gefaßt.

Im gegenwärtigen Moment besitzt die britische sozialistische Partei nicht die Macht, auf die schwache und schwankende Politik der Regierung Einfluß zu nehmen. Aber wir bereiten uns auf den erhofften Tag vor, an dem wir wieder die Regierung Großbritanniens übernehmen und das Weltgeschehen in sozialistischem und internationalem Sinne beeinflussen können. Unsere deutschen Genossen können jedenfalls versichert sein, daß der Abscheu gegen das Hitlerregime bei einem weiten Teil der britischen öffentlichen Meinung vorherrscht, nicht nur in unseren eigenen Reihen. Sir Austen Chamberlain und andere konservative und liberale Sprecher haben die Schandtaten der Nazis in sehr energischen Worten gegeißelt. Es kann keine Rede davon sein, daß Hitler — von ein oder zwei unverantwortlichen Tageszeitungen abgesehen — in ernstzunehmenden politischen Kreisen unseres Landes irgendwelche nennenswerten Sympathien gewinnt.

---

*) Anm. der Red. Der Artikel ist vor dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund geschrieben.

GLOSSEN

Prozeß-Wende

Am 4. November ist der Prozeß über die Reichstagsbrandstiftung an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt. Dieser Prozeß sollte nach dem Willen der Hitlerregierung ein propagandistisches Mittel gegen die innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen umlaufenden Gerüchte über die Person der wirklichen Brandstifter werden, er sollte den Vorwand zum Staatsstreich, der nach dem 28. Februar gebraucht wurde, nachträglich noch juristisch untermauern.

Der bisherige Verlauf des Prozesses ist dieser Zweckbestimmung nicht dienlich gewesen. Wenn eins klar ist für jeden, der über gesunden Menschenverstand verfügt, so die Unschuld der angeklagten Kommunisten Dimitroff, Popoff, Taneff und Torgler. Meineidige verbrecherische Zeugen wurden gegen die Angeklagten vorgeführt. Eine verlumpte Justiz hat sich lumpenhafter Elemente bedient für ihre Zwecke — aber sie hat nur erreicht, daß die Anklage gründlich zerfetzt worden ist. Der Angeklagte van der Lubbe schweigt. Er vegetiert nur noch. Gerüchte entstehen um ihn. Man spricht von systematischer Vergiftung. Sicher ist, daß mit ihm Manipulationen vorgenommen worden sind. Hier geht ein neues Verbrechen nach dem Verbrechen vor sich.

Im Mittelpunkt des Verbrechens steht nicht mehr van der Lubbe, sondern der bulgarische Kommunist Dimitroff, ein Held der Ueberzeugung von wahrhaft revolutionärem Format. Er wehrt sich gegen die falsche Anklage mit unerhörter Unerschrockenheit und Geistesgegenwart. Er ist unbesiegbar; denn er kämpft

nicht mit spitzfindiger Rabulistik, sondern mit der einfachen Sprache der Wahrheit und des Rechts gegen eine verlogene Anklage. Seine Kraft ist die Kraft des Rechts. Die Sache des beleidigten Rechts in Deutschland verkörpert sich heute in der Person Dimitroffs. Ein einzelner, gefangen, ohnmächtig, ein Nichts gegenüber der Diktatur und ihrem Macht-Apparat — und doch eine Kraft, vor der die Diktatur heimlich erzittert! Denn in ihm konzentrieren sich alle Kräfte des Rechts und der moralischen Anklage gegen die Diktatur. Mit der Anklage gegen Dimitroff bricht der Vorwand zum Staatsstreich, bricht die gesamte propagandistische Position der Despotie zusammen.

Dimitroff, das ist das mahnende Gewissen für die Despoten, für die falschen Ankläger und die falschen Richter! Sie wüten gegen ihn, aber sie können die Stimme des Gewissens nicht ersticken, diese einfache Stimme eines einzelnen Menschen, die ihren ganzen Prozeß umgeworfen hat!

Dimitroff und Göring — dies Zusammentreffen hat am 4. November dem Scheinprozeß den tödlichen Stoß versetzt. Hier die Stimme der Wahrheit und des Rechts — dort der mit schwerster Schuld belastete Despot, hier der einsame gefesselte Mensch in der Gewalt der Diktatur — dort der allmächtige Diktator, der Herr Preußens im Schutze seiner bewaffneten Macht. Als die einfache sachliche Stimme Dimitroffs in die wahnwitzigen Propagandaerzählungen Görings hineinfragte, brach das böse Gewissen sich Bahn in einem Geifer von wüsten Beschimpfungen, von Drohungen und Offenbarungen von Cäsarenwahn, gemischt mit innerer Furcht. Als Dimitroff fragte: „Sie fürchten wohl diese Frage, Herr Ministerpräsident?" — da stand hinter der Frage das drohende Gericht der Geschichte, dessen Urteil einst die Revolution vollstrecken wird. Diese Frage hat Göring, sie hat den ganzen Scheinprozeß umgeworfen, und mehr als das!

Dimitroff ist in der Gewalt des Gerichts. An der Tür des Gerichtssaals endet in jedem Kulturland die Gewalt der Exekutive. Der Chef der preußischen Verwaltung, Göring, hat auf seinen Befehl über den Kopf des Gerichts hinweg Dimitroff aus dem Gerichtssaal entfernen lassen. Das Gericht hat den Uebergriff der Exekutive hingenommen.

Gegen Dimitroff ist gerichtliche Anklage erhoben. Das Gericht soll darüber befinden. Der Chef der Verwaltung hat schon vor dem Urteil das Urteil für kassiert erklärt, wenn es ihm nicht gefällt und hat Dimitroff die administrative Todesstrafe angekündigt. Das höchste deutsche Gericht antwortet darauf mit servilem Schweigen. Es ist ein beredtes Schweigen!

Das ist die große Wende dieses Scheinprozesses! Es ist zerschlagen der Schein eines objektiven Gerichtsverfahrens. Es ist zerschlagen die letzte Illusion, daß es in Deutschland noch objektive und innerlich unabhängige Richter geben könnte! Wenn die Richter des höchsten deutschen Gerichts sich zu SA.-Leuten der Justiz, zu willfähigen Henkersknechten der Gegenrevolution herabwürdigen, wenn das Rot ihrer Roben nicht mehr die Farbe der Souveränität des Rechts ist, sondern die Farbe des Henkers — dann wiegt jedes Urteil eines deutschen Gerichts seiner Gerechtigkeit, seinem inneren Wahrheitswert und seiner Moral nach nicht schwerer als die wahnwitzigen Lügen, die das böse Gewissen in Göring erzeugt! Es ist für jeden revolutionären Sozialisten klar, welche Aufgaben die kommende Revolution gegenüber diesen Richtern und diesem Justiz-Apparat zu erfüllen hat.

Zerschlagen ist vor allem die propagandistische Konstruktion der Staatsstreichler, die Grundlage, auf der sie die Entfesselung des bestialischen Terrors, die Zerreißung der Verfassung, die Gewinnung der Mittelschichten für die Wahl vom 5. März aufgebaut haben. Kommunistische Verbrecher

haben den Reichstag angezündet. Die Sozialdemokratie mit ihnen im Bunde — Zusammenhänge mit dem Attentat auf die Kathedrale von Sofia aufgedeckt — der Bolschewismus vor den Toren: das ist die Basis gewesen, von der aus der Staatsstreich seine moralische Berechtigung erweisen sollte! Langsam, Stück für Stück, ist im Verlaufe des Prozesses diese Grundlage zertrümmert worden, und nun ist sie vollständig mit einem einzigen letzten Stoß zerstört worden — von Göring, den die Stimme Dimitroffs zu einem Ausbruch getrieben hat, der einem G e s t ä n d n i s gleichkommt.

Der gefesselte Dimitroff hat den allmächtigen Göring überwunden, das revolutionäre sittliche Bewußtsein den vom bösen Gewissen getriebenen Massenverbrecher, die Würde des Rechtsbewußtseins den wahrhaft Schuldigen!

Nach dieser Wende des Prozesses aber erhebt sich aufs neue riesengroß die Frage: w e r s i n d d i e V e r b r e c h e r an der deutschen Freiheit, an der deutschen Arbeiterklasse, die den Reichstag angezündet haben als Fanal der Gegenrevolution? Und abermals wenden sich alle Blicke auf G ö r i n g.

Dieser Mann und sein wahnwitziger Ausbruch vor dem Reichsgericht sollten eine Mahnung für die freien Völker Europas sein! Dieser Cäsarenwahn, diese Mordlust aus bösem Gewissen, dies Zertrampeln des Rechts aus zynischem Gefühl des Gewaltbesitzes — das ist die Mentalität der Diktatur in Deutschland! Wer bereit ist, das Recht und die Freiheit des Einzelnen zynisch zu zertreten, achtet nicht das Recht und die Freiheit ganzer Völker.

Der Prozeß wird sich weiter entwikkeln in der Richtung der der Diktatur befohlenen L y n c h j u s t i z. Er kann jetzt rascher gehen. Nachdem Göring den Herren Richtern einmal über die fatale Schwelle geholfen hat, die ein objektives Gerichtsverfahren von einem terroristischen Akt trennt, brauchen sie sich fernerhin nicht mehr zu genieren. Vielleicht rettet sie auch ein Akt „gerechter Volksempörung" für den weiteren Verlauf des Prozesses vor der anklagenden Stimme des Rechts, verkörpert in der Person Dimitroffs. Aber zu ersticken ist die Stimme des Rechts nicht mehr!

Dimitroff, der einzelne, ohnmächtige, gefesselte, spricht nicht für sich allein. Er ist vereinzelt, nur e i n Mensch, und doch nicht einsam! An ihm, an seiner mutigen Verteidigung gegen erlogene Beschuldigung, an seiner kühnen Anklage gegen die Schuldigen, entzünden sich die gewaltigen moralischen Kräfte der Liebe zum Recht und zur Wahrheit, und ihre revolutionäre Gewalt wird einst unwiderstehlich werden!

Max Klinger.

BÜCHERSCHAU

Max Adler: L i n k s s o z i a l i s m u s. Notwendige Betrachtungen über Reformismus und revolutionären Sozialismus. Verlag „Graphia" Karlsbad 1933. 48 Seiten, Preis Kč 3.–

In der Schriftenreihe „Sozialistische Zeit- und Streitfragen" veröffentlicht Genosse Max Adler in erweiterter Form den Inhalt eines Vortrages, den er bereits im Januar 1933 in Wien gehalten hat. Durch Bezugnahme auf die umstürzenden Vorgänge dieses Jahres ist die Broschüre nach Möglichkeit aktualisiert worden. Sie will im Wesentlichen, nach Aufzeigung der Fehler der Vergangenheit, den Begriff des L i n k s s o z i a l i s m u s herausarbeiten, um den Boden für eine taktische Neuorientierung der gesamten sozialistischen Bewegung vorzubereiten.

Genosse Adler geht davon aus, daß durch die Vorgänge der letzten Jahre die F r a g e n a c h d e m Z w e c k der Ar-

beiterbewegung strittig geworden sei. Ihr eigentlicher Zweck sei „durch Opportunismus und Staatsmännerei vieler großer und kleiner Führer bis zur Unkenntlichkeit verwischt worden; aber infolge der Weltkrise des Kapitalismus, die alle Illusionen über ein Aufsteigen der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Welt zuschanden gemacht hat, tritt er nun wieder immer mehr hervor und wird in der Verwirklichung des Sozialismus durch soziale Revolution erkannt." Damit müsse ganz von selbst der Unterschied einer reformistischen und einer revolutionären Methode des proletarischen Klassenkampfes in den Vordergrund rücken.

Als reformistischen Sozialismus kann man, nach Adler, jene Richtung bezeichnen, welche der Meinung ist, daß die Erreichung des Sozialismus auf demokratisch-parlamentarischem Wege möglich sei und die daher die Politik des Proletariats in prinzipiell friedliche Formen des Klassenkampfes lenken wolle. Ihre praktische Auswirkung habe diese Methode in der strikten Ablehnung des revolutionären Weges gefunden, an dessen Stelle die „Erziehung des Proletariats zur Staatsverantwortlichkeit" und die „geistige Bereitschaft zur Mitarbeit mit den bürgerlichen Parteien" gesetzt wurde. Dem gegenüber stellt Adler den von Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest" begründeten revolutionären Standpunkt in den Vordergrund, der sich der prinzipiellen Gegensätzlichkeit von kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaft bewußt geworden ist und bewußt bleibt. Keine allmähliche Umwandlung, kein Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus, sondern „Bruch mit dem Alten", der nicht anders als durch eine „revolutionäre Tat" erfolgen kann! Nachdem die geschichtliche Reife der Gesellschaft zur sozialistischen Umgestaltung erreicht ist, muß der Sprung, d. h. die soziale Revolution, gemacht werden, deren Voraussetzung allerdings die geistige und willensmäßige „Bereitschaft des Proletariats" zu dieser Tat sein muß. Deshalb sei es das ärgste Verschulden gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung, wenn durch Verbreitung reformistischer Gesinnung die Quelle der klassenrevolutionären Erziehung des Proletariats verschüttet und seine geistige und willensmäßige Ausrüstung verhindert wird. Adler verkennt keineswegs die ungeheure Bedeutung politischer und ökonomischer Reformen. Die Frage steht nicht so: Umwälzung der ganzen Gesellschaft oder Reform in der heutigen Gesellschaft, sondern in welchem Geiste auch jede kleinste Reformarbeit gemacht werde. „Der Reformismus betrachtet alle Reformarbeit als Stufenarbeit für den Sozialismus, d. h. als bereits schrittweise Verwirklichung desselben ... Der revolutionäre Sozialismus sieht dagegen in allen Reformen nur bloße Kampfmittel für das revolutionäre Endziel, von dem auch die umfassendsten Reformen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft noch nichts enthalten können."

Das Wesentlichste aber ist nach der Auffassung Adlers, daß der reformistische Weg den veränderten und neu entstandenen Machtverhältnissen im Staate nicht mehr entspricht. Wenn Engels in seinem politischen Testament vom Jahre 1895 die Ausnützung der Legalität des modernen Staates durch die Arbeiterbewegung pries, so wies er gleichzeitig darauf hin, daß die Stunde kommen könne, wo die Reaktion diese ihr so fatale Gesetzlichkeit durchbrechen werde. Diese Situation durchleben wir jetzt, denn das macht gerade das Wesen des Faschismus aus, daß er es ist, der überall mit der bürgerlichen Demokratie aufräumt. Gegenüber dieser neuen Situation müsse sich das Proletariat der Erkenntnis zuwenden, daß „neue Kampfverhältnisse eine neue Taktik bedingen, und daß es endlich die längst fällige Aufgabe in Angriff nehmen muß, sowohl für den terri-

torialen Kampf, als insbesondere zugleich im internationalen Maßstabe *seine neuen Methoden* zur Verteidigung der Errungenschaften des Proletariats und zur Erlangung des endlichen Sieges auszuarbeiten."

Genosse Adler kommt noch mehrfach auf diesen Punkt zu sprechen. Gerade nach dem deutschen Zusammenbruch seien sich die Massen immer deutlicher dessen bewußt, daß „*ganz neue Formen* sowohl für den nationalen, wie für den internationalen Befreiungskampf der Arbeiterklasse gefunden werden müssen, die dann zugleich auch ihre Einheit wieder herstellen werden." In dieser Beziehung habe der Linkssozialismus seine Aufklärungsarbeit nicht nur gegen den Reformismus zu richten, sondern auch gegen den *Bolschewismus*, der in seiner Art ebenso zu einer Apparatur geworden sei, wie der Rechtssozialismus.

Diese Auffassung Adlers steht in engem Zusammenhang mit seiner kritischen Haltung zum Bolschewismus und zur Kommunistischen Internationale, die er in einigen Abschnitten ausführlich begründet. Für ihn ist „bolschewistisch" keineswegs identisch mit „marxistisch", und für die Haltung der Kommunistischen Internationale, namentlich nach dem Sieg des deutschen Faschismus, findet er scharfe und bittere Worte der Kritik. Nicht minder wichtig wie diese Ausführungen, die der mehr gefühls- als verstandesmäßigen Verhimmelung des Bolschewismus entgegengehalten werden müssen, sind die Abschnitte der Schrift, die der Abgrenzung der Begriffe Demokratie und Diktatur und der Erläuterung des Funktionswandels der politischen Demokratie gewidmet werden. Nach wie vor hält Adler an der Auffassung fest, daß der Begriff der *Demokratie* auch für den revolutionären Kampf des Proletariats beibehalten werden muß und daß „in mittel- und westeuropäischen Verhältnissen die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Errichtung der proletarischen Diktatur nur ein Prozeß der Mehrheitsbildung der revolutionären Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft sein kann". Das schließt freilich nicht aus, daß der Massenaufstand gegen den Hitlerfaschismus, die scheußlichste Form des Faschismus, sich in Formen vollziehen dürfte, die denen der bolschewistischen Diktatur sehr ähnlich sein werden. Das wird aber angesichts der sozialen Struktur Deutschlands kein Sieg des „Bolschewismus", sondern der endliche Sieg der *proletarischen Demokratie* sein!

Wir haben versucht, das Wesentlichste aus der Schrift Adlers herauszuheben. Gegen Einzelheiten kann man Einwendungen erheben, über einige Formulierungen streiten, es kommt aber nicht darauf an, sondern auf die allen sozialistischen Richtungen aufgezwungene Aufgabe: Die *Begriffe zu klären* und einen *gemeinsamen Nenner* für die Probleme der Neuorientierung der Arbeiterbewegung zu finden. In dieser Beziehung hat die Schrift Adlers — wenn sie auch keine „fix und fertigen Rezepte" bringt — gute Vorarbeit geleistet.

Viator.

*

Otto Friedrich: *Selbstmord einer Demokratie.* Verlag „Graphia", Karlsbad. 1933. 47 Seiten, Preis Kč 2.50.

Diese Schrift, zu Pfingsten 1933 abgeschlossen, ist eine der ersten, die über den deutschen Zusammenbruch veröffentlicht wurden. Sie schildert die einzelnen Etappen der Entwicklung, die die Weimarer Republik, diese „Republik der verpaßten Gelegenheiten", nach der verpfuschten Revolution vom November 1918 durchgemacht hat. Es war eine „Demokratie ohne Demokraten", nicht nur, weil das Bürgertum aus Angst vor der Arbeiterbewegung sich von ihr abwandte, sie innerlich aushöhlte und sabotierte, sondern auch weil die Arbeiterbewegung selbst, innerlich zerrissen und nicht ge-

nügend von Machtwillen erfüllt, es verabsäumte, sie wehrhaft zu untermauern und mit kämpferischem Geiste zu durchdringen. Es rächte sich jene namentlich von den Gewerkschaften genährte „wirtschaftsdemokratische“ Illusion, „als ob die Quantität der Sozialpolitik in die Qualität des Sozialismus umschlagen könnte“. Diese innere Schwäche der Arbeiterbewegung, verschärft durch Wirtschaftskrise und Millionenarbeitslosigkeit, war eine der Ursachen, daß der von Monopolkapital, Großgrundbesitz und Reichswehr großgepäppelte Hitler-Faschismus, gestützt auf eine Revolution des Kleinbürgertums, mit der Demokratie auch die bestorganisierte Arbeiterbewegung Mitteleuropas zerschlagen konnte.

Der Verfasser gibt zum Schluß eine Analyse der Hitler-Diktatur, ihrer treibenden Kräfte und machtpolitischen Ziele. Ihr scheinsozialistisches Mäntelchen ist schon durch die bisherige Entwicklung zerfetzt worden. Was sie anstrebt, ist eine Herrschaft der von ihr Bestgestellten, und was im Werden ist, ist keine neue Gliederung des Volkes, sondern die große Kaserne Deutschland, in der alles nach dem Willen Hitlers und seines Parteistabes exerziert. Auf diese Diktatur des Obrigkeitsstaates könne nur die „Diktatur des Volksstaates“ folgen, eines Volksstaates, der sich nicht mehr im Liberalismus einer formalen Demokratie erschöpft, sondern das Gesicht der arbeitenden Klassen trägt.

Vielleicht hätte die Schrift an Wirkung gewonnen, wenn der Stoff straffer und übersichtlicher disponiert worden wäre. Aber auch in ihrer jetzigen Form hinterläßt die mit starkem Schwung geschriebene Broschüre einen nachhaltigen Eindruck.

Viator.

*

Lothar Frey, Deutschland wohin? Bilanz der nationalsozialistischen Revolution. Europa-Verlag, Zürich.

Lothar Frey ist einer von den vielen, die sich durch die heutigen Zustände in Deutschland gezwungen sehen, unter einem angenommenen Namen zu schreiben. Der Inhalt seines 150 Seiten umfassenden Buches läßt aber leicht erraten, daß sein Autor im Kreise der jüngeren Kräfte zu suchen ist, die sich in der Zeit vor der Katastrophe um den Vorstand des ADGB. gruppierten. Frey zeigt sich — und das ist vielleicht das Interessanteste an seinem Buch — über die Vorgänge, die sich vor dem schwarzen 2. Mai in der Inselstraße abspielten, außerordentlich gut unterrichtet. Er ist unter anderem in der Lage, das Protokoll einer Unterredung wiederzugeben, die am 5. April zwischen führenden Mitgliedern der NSBO. und mehreren Vorstandsmitgliedern des ADGB. stattgefunden hat. Frey behandelt die alten Gewerkschaftsführer mit Pietät, während er auf die alten Parteiführer weniger gut zu sprechen ist. Doch geht seine Kritik an der Politik der Partei weniger in der Richtung einer radikal marxistischen Linken als in der jener jüngeren Reichsbannergeneration, die den Parteivorstand beschuldigt, eine revolutionäre Massenstimmung gegen den Faschismus in den Jahren 1932 und 1933 nicht ausgenutzt zu haben. Frey ist der Meinung, daß weder die Sozialdemokratische, noch die Kommunistische Partei in Deutschland eine Zukunft habe. Er propagiert die Schaffung einer neuen sozialistischen Partei, die nach dem Sturze des Faschismus ungesäumt die Sozialisierung in die Wege zu leiten habe, doch müsse diese Aktion sich bewußt auf die Kommandohöhen der Gesamtwirtschaft beschränken und auf die Bauernmassen sowohl wie auch auf die Mittelstandsschichten Rücksicht nehmen.

Das lebendig geschriebene Buch ist, obgleich in der Zielsetzung nicht ganz klar, ein wertvoller Beitrag zur Diskussion über das kommende freie Deutschland.

F. T.